Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, mit Post am Orte Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 142. Freitag, den 22. Juni 1906. 17. Jahrgang.

Ueber den Internationalen Bergarbeiterkongreß

schreibt Otto Hue in der „Neuen Gesellschaft“:

Die Beschlüsse des vom 5. bis 8. Juni in London abgehaltenen siebzehnten internationalen Bergarbeiter-Kongresses sind in der Hauptsache nur Bestätigungen und Wiederholungen früherer Kongreßbeschlüsse. Fast immer einstimmig oder nur gegen eine geringe Minorität sprachen sich die 119 Delegierten in Vertretung von über 1,400,000 Bergarbeiter aus für gesetzliche Beschränkung der Bergwerksschicht auf 8 Stunden inclusive Ein- und Ausfahrt, Verbot der Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie, gänzliches Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren und der unterirdischen Tätigkeit von jugendlichen Arbeitern vor Vollendung des 16. Lebensjahres, Einführung von Arbeiterkontrolleuren zwecks Verschärfung der Grubenkontrolle, Festlegung eines auskömmlichen Minimallohnes durch Tarifverträge, gesetzliche Garantie einer auskömmlichen Pension für arbeitsunfähig gewordene Bergleute bezw. ihre Hinterbliebenen, Verstaatlichung der Kohlengruben. Ein anderer Teil der vorliegenden Anträge, die sich auf den Ausbau der internationalen Bergarbeitersolidarität und internationale Streikfragen bezogen, wurden (ein Novum auf dem internationalen Bergarbeiter-Kongreß) in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

Wer sich der ersten internationalen Bergarbeiter-Kongresse erinnert, oder sie wohl gar mitgemacht hat, weiß, wie oft es da über Geschäftsordnungsfragen zu stürmischen Szenen gekommen ist und wie innerhalb der englischen Delegationen das Verständnis für die Notwendigkeit auch der aktiven politisch-parlamentarischen Arbeitervertretung nur sehr schwach entwickelt war. Z. B. lehnte auf den ersten Kongressen die Engländermajorität auch ab, über die Sozialisierung der Gruben zu verhandeln; das sei keine gewerkschaftliche Angelegenheit. In den letzten Jahren trat der alte Trade-Unionismus aber immer schwächer auf; insbesondere die Schotten erklärten stets nachdrücklicher, die Nurgewerkschaftlerei führe nicht zum Ziel, auch die politisch-parlamentarische Propaganda müsse gepflegt werden. Auf dem diesjährigen Kongreß feierte der alte Bergarbeiter-Parlamentarier Edwards in seiner Eröffnungsrede den großen Erfolg der englischen Arbeiterpartei bei den letzten Parlamentswahlen. Edwards, der Präsident der großen englischen Miners-Federation ist, bezeichnete die gewerkschaftliche und politische Aktion als gleichwertig und gleich notwendig; er deklarierte den internationalen Kongreß auch als eine Demonstration gegen den Militarismus und fand stürmischen Beifall im ganzen Kongreß. Hierin dokumentierte sich der große Fortschritt, den die in Deutschland noch vielfach als Nurgewerkschaftler verschrieenen englischen Trade-Unionisten in der Richtung zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gemacht haben. Und daß diese Kundgebung in London, in unmittelbarer Nähe des Parlaments erfolgte, darin erblicke ich ein bedeutsames Moment. Die englische Minderheit (Durham und Northumberland) gegen die Anschauungen Edwards, trat fast gar nicht hervor, verhielt sich sehr passiv, was ebenfalls auf einen Umschlag in der Stimmung der englischen Bergleute schließen läßt.

Der deutsche Antrag, den Kongreß nur alle zwei Jahre tagen zu lassen, wurde zwar vorzüglich nach seiner Bekämpfung durch die Franzosen und Belgier abgelehnt. Indessen, da die Gegner dieses Antrages in ihm eine Störung der internationalen Bergarbeiterbeziehungen erblicken, ist auch diese Ablehnung im Grunde genommen nur eine Solidaritätserklärung und deswegen nicht ärgerlich. Ja, ich darf sagen, die deutsche Delegation ist noch von keinem Kongreß so befriedigt heimgekehrt, wie von diesem. Es herrschte auf ihm eine erhebende Harmonie, alles wurde vermieden, was Bitterkeit hinterlassen konnte. Amerikaner, Belgier, Deutsche, Engländer, Oesterreicher und Franzosen wetteiferten in dem Bemühen, sich entgegen zu kommen, die sprachlichen Schwierigkeiten durch Außerachtlassung mancher geschäftsordnungsmäßigen Formalitäten zu verkleinern. Was das bedeutet, weiß jeder Teilnehmer an einem internationalen Kongreß zu würdigen.

Und doch sah es anfangs aus, als ob gerade dieser Kongreß unruhig verlaufen würde. Unerwartet von uns allen erschien auch eine Delegation des christlichen Gewerkvereins der Bergleute Deutschlands! Wenige Tage vorher hatte sie sich beim Generalsekretär Ashton telegraphisch angemeldet. Nach den Kongreßgebräuchen war die Anmeldung zu spät erfolgt, die Delegation konnte aus formellen Gründen abgelehnt werden. Hätten die 12 den deutschen Bergarbeiter-Verband vertretenden Mitglieder für die Nichtzulassung der drei Gewerkvereinsdelegierten votiert, so würde sich der Kongreß dem angeschlossen haben. Aber warum sie nicht zulassen? Formelle Gründe können für uns bei solchen Entscheidungen nicht maßgebend sein. Taktische Erwägungen ließen es sehr wünschenswert erscheinen, die christliche Delegation nicht abzuweisen.

Schon im Jahre 1897 hat der damalige General-Sekretär Picard auf unsere Veranlassung auch den christlichen Gewerkverein zum Kongreß eingeladen. Oeffentlich hat damals das Gewerkvereinsorgan die Einladung höhnisch zurückgewiesen. Aber die Verhältnisse lagen ganz kurios. Der Gewerkvereinsvorstand und sein „Ehrenrat“ hatten damals — wovon sie öffentlich nichts verlautbarten — zwei Delegierte zum internationalen Kongreß gewählt! Es waren die beiden Vereinsvorsitzenden Brust und Wahl. Als es sich darum handelte, welche Stellung die Gewerkvereinsdelegierten zu den einzelnen Anträgen, speziell zu den Delegierten des Verbandes einnehmen sollten, siegte die Richtung, die der Gewerksvereinsdelegation eine mehr protestierende Haltung zuweisen wollte und schließlich wurde aus der Delegation nichts. Statt der eigentlich schon gewählten Delegation erschienen Artikel in der Gewerkvereinspresse, die den internationalen Kongreß als eine „nutzlose“, „geldverschwendende“, „sozialdemokratische“ Veranstaltung verwarfen und die Kongreßdelegierten verhöhnten.

Inzwischen sind über acht Jahre vergangen, die Vertretung des altenglischen Gewerkschaftlertums auf den internationalen Bergarbeiterkongressen ist völlig in den Hintergrund getreten, während früher englischerseits gegen die sozialistischen Argumentationen auf den Kongressen protestiert wurde (1894 in Berlin, 1896 in Aachen), sind schon seit 1900 (Paris) die Engländer immer stärker mit der Betonung sozialistischer Grundsätze hervorgetreten. Nachdem diese Entwickelung vollzogen, erscheinen Vertreter einer deutschen christlich-nationalen Bergarbeiterorganisation auf dem 17. internationalen Bergarbeiter-Kongreß und ersuchen um Zulassung. Ihr Sprecher Effert erklärte ausdrücklich im Laufe der Verhandlungen, die Gewerkvereinsdelegation werde im Sinne der internationalen Kongreßbeschlüsse handeln. Für die anwesenden Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes lag kein stichhaltiger Grund vor, gegen die Gewerkvereinsdelegation zu stimmen. Es ist Sache der Gewerkvereinsführung, den Kongreßbeschlüssen mit zur Durchführung zu verhelfen. Sollte sich im laufenden Jahre zeigen, daß die Gewerkvereinsleitung die Kongreßbeschlüsse nur platonisch auffaßt, dann wird die Verbandsdelegation auf dem nächsten Kongreß die Nichtzulassung einer Gewerkvereinsdelegation beantragen. Diese Erklärung wurde unsererseits abgegeben und hierauf erfolgte die Zulassung der Gewerkvereinsvertretung.

Sie hat sich auch in keiner Weise als Oppositionsgruppe gezeigt, sondern aktiv und passiv mitgewirkt. Einer von französisch-belgischer Seite beantragten Sympathiekundgebung für die russische revolutionäre Bewegung setzte die Gewerkvereinsvertretung keinen Widerspruch entgegen. Ohne Opposition zu finden, konstatierte der Präsident, die Sympathie-Resolution sei einstimmig angenommen worden. Als die Northumberländer und Durhamer sich gegen die gesetzliche Beschränkung der Schichtzeit aussprachen, erklärte Effert ausdrücklich, die Gewerkvereinsdelegation würde für den Antrag des Deutschen Bergarbeiterverbandes stimmen. Bei einer anderen Gelegenheit gab der Gewerkvereinsdelegierte ebenfalls die Erklärung ab, sie seien vollkommen mit dem einverstanden, was der Verfasser dieses Artikels über die Notwendigkeit und praktische Durchführbarkeit internationaler Arbeiter-Solidarität ausgeführt habe. Die Gewerkvereinsdelegierten stimmten für sämtliche von den Verbandsdelegierten gestellten Anträge.

Von den Amerikanern wurde angeregt, eine internationale Ueberweisungskarte für die zwischen den nationalen Organisationen wechselnden Mitglieder auszugeben. Das Geschäftskomitee verdichtete diese Anregung zu dem Antrag, solche Ueberweisungskarten dürften nur diejenigen

---

Das Stuttgarter Hutzelmännlein.

Erzählung von Eduard Mörike.

22]

Als beide in der Mitte jetzt zusammenkamen, ergriff er sie bei ihren Händen. Sie standen still und blickten sich einander freundlich ins Gesicht; auch sah man ihn ein Wörtlein heimlich mit ihr sprechen. Danach auf einmal sprang er hinter sie und schritten beide, sich im Tanz den Rücken kehrend, auseinander. Bei der Kreuzstange machte er Halt, schwang seine Mütze und rief gar herzhaft: „Es sollen die gnädigsten Herrschaften leben!“ — Da denn der ganze Markt zusammen Vivat rief, dreimal, und einem jeden Teil besonders. Inwährend diesem Schreien und Tumult unter dem Schall der Zinken, Pauken und Trompeten lief der Seppe zur Brone hinüber, die bei der anderen Gabel stand, umfing sie mit den Armen fest und küßte sie vor aller Welt. Das kam so unverhofft und sah so schön und ehrlich, daß manchem vor Freude die Tränen los wurden, ja die liebliche Gräfin erfaßte in jäher Bewegung den Arm ihres Manns und drückt ihn an sich. Nun wandte sich die Brone, und unter dem Jauchzen der Leute, dem Klatschen der Ritter und Damen wie hurtig eilte sie mit glutroten Wangen das Seil hinab! der Seppe gleich hinter ihr drein, das leinene Säcklein mitnehmend.

Kaum daß sie wiederum auf festem Boden waren, kam schon ein Laufer auf sie zu und lud sie ein, auf die Altane zu kommen, das sie auch ohnedem zu tun vorhatten.

Sämtliche hohe Herrschaften empfingen sie im Angesicht des Volks mit Glückwünschen und großen Lobsprüchen, dabei sie sich mit höflicher Bescheidung annoch alles weiteren Fragens enthielten, indem sie zwar nicht zweifelten, daß es mit dem Gesehenen seine besondere Bewandnis haben müsse, doch aber solchem nachzuforschen nicht dem Ort und der Zeit gemäß hielten. Der Seppe nahm bald der Gelegenheit wahr, ein wenig rückwärts der Gesellschaft den zwischenen Sack aufzumachen, nahm die Laiblein heraus und legte sie, höfischer Sitte unkundig, nur frei auf die Brüstung vor die Frau Gräfin Mutter als eine kleine Verehrung für sie, vergaß auch nicht dabei zu sagen, daß man an diesem Brot sein ganzes Leben haben könne. Sie bedankte sich freundlich der Gabe, obwohl sie, des Gesellen Wort für einen Scherz hinnehmend, den besten Wert derselben erst nachderhand erfuhr. Dann zog er sein Geschenk für den erlauchten Herrn heraus. Wie sehr erstaunte dieser nicht bei der Eröffnung der Kapsel! und aber wie viel mehr noch, als er das goldene Büchslein aufschraubte! Denn er erriet urplötzlich, was für ein Zahn das sei, bemeisterte jedoch in Mienen und Gebärden Verwunderung und Freude. Er wollte den Gesellen gleichwohl seines Danks versichern, tat eben den Mund dazu auf, als an der andern Seite drüben der schönen Irmgard ein Freudenruf entfuhr, daß alles auf sie blickte. Die Brone hatte nämlich ihr kleines Lädlein dargebracht, worin die verlorene Perlenschnur lag. (Der kluge Leser denkt schon selbst, wer am frühen Morgen heimlich bei der Dirne war.) Nicht aber könnte ich beschreiben das holde Frohlocken der Dame, mit welchem sie den Schmuck ihrem Gemahl und den andern der Reihe nach wies. Er war unverletzt, ohne Makel geblieben, und jedermann beteuerte, so edle große Perlen noch niemals gesehn zu haben. Nunmehr verlangte man zu wissen, was Graf Eberhard bekam. „Seht an!“ sprach er, „ein Reliquienstück, mir werter als manch köstliche Nebey an einer Kleinodschnur: des Königs Salomo Zahnstocher, so er im täglichen Gebrauch gehabt. Mein guter Freund, der hochwürdige Abt von Kloster Hirschau sendet ihn mir zum Geschenk. Er soll, wenn man bisweilen das Zahnfleisch etwas damit ritzet, den Weisheitszahn noch vor dem Schwabenalter treiben. Da wir für unsere Person, so Gott will, solcher Fördernis nicht mehr bedürfen, so denken wir dies edle Werkzeug auf ausdrücklich Begehren hie und da in unserer Freundschaft hinzuleihen, es auch gleich heut', da wir etliche Junker zu Gast haben werden, bei Tafel mit dem Nachtrunk herumgehen zu lassen.“ — So scherzte der betagte Held, und alles war erfreut, ihn so vergnügt zu sehen.

Jetzt wurde den Bürgern das Zeichen zum Essen gegeben. Für jede Gasse, wo gespeist ward, hatte man etliche Männer bestellt, welche dafür besorgt sein mußten, daß die Geladenen in Ordnung ihre Sitze nahmen. So lang, bis dies geschehn war, pflogen die Herren und Damen heiteren Gesprächs mit dem Gesellen und der Brone. Ein Diener reichte Spanierwein in Stotzengläsern, Hohlippen und Krapfen herum, davon die beiden auch ihr Teil genießen mußten. — „Ihr seid wohl Bräutigam und Braut?“ frug die Frau Mutter. — „Ja, Ihro Gnaden,“ sprach der Seppe, „dafern des Mädchens Mutter nichts dawider hat, sind wir's seit einer halben Stunde. — „Was?“ rief der Graf. „Ihr habt Euch auf dem Seil versprochen? Nun, bei den Heiligen zusammen, der Streich gefällt mir noch am allerbesten! So etwas mag doch nur im Schwabenland passieren. Glück zu, Ihr braven Kinder! Auf einem Becher liefet man den Spruch: Lottospiel und Heiratstag, Ohn' groß' Gefahr nie bleiben mag. Ihr nun, nach solcher Probe, seid quitt mit der Gefahr Euer Leben lang.“ — Dann sprach er zu seinem Gemahl und den andern: „Jetzt laßt uns in die Gassen gehn, unsern wackeren Stuttgarter Bürgern gesegnete Mahlzeit zu wünschen! Darauf wollen wir gleichfalls zu Tisch. Das Brautpaar wird dabei sein; hört Ihr? Kommt in das Schloß zu uns! Ihr habt Urlaub auf eine Stunde; das mag hinreichen, Euch den mütterlichen Segen zu erbitten; wo nicht, so will ich selbst Fürsprecher sein.“

* * *

Begehrt nun der Leser noch weiteres zu wissen, als da ist: wie sich das Brautpaar heimgefunden? Ob sie von Freunden und Neugierigen nicht unterwegs erdrückt, zerrissen und gefressen worden? Was Mutter Kiderlen und was die Base sagte? Wie es denn bei der gräflichen Tafel herging? Auch was nachher der Graf mit dem Seppe besonders verhandelt und so mehr — so würde ich bekennen, daß meine Spule abgelaufen sei bis auf das wenige, das hier nachfolgt.

Am Markt gegen dem Adler über sieht man dermalen noch ein merkwürdiges altes Haus, vornher versehen mit drei Erkern, davon ein paar auf den Ecken gar heiter wie Türmlein stehn mit Knöpfen und Windfahnen, hüben und drüben unterhalb der Eckvorsprünge zwei Heiligenbilder aus Stein gehauen, je mit einem kleinen Baldachin von durchbrochener Arbeit gedeckt: Maria mit dem Kind samt dem jungen Johannes einerseits und St. Christoph, der Riese, andrerseits, wie er den Knaben Jesus auf seiner Schulter über das Wasser trägt, einen Baumstamm in der Faust zum Stab. Dies Haus — in seinen Grundvesten samt dem Warengewölb vermutlich noch dasselbige — gehörte von Voreltern her dem Grafen eigentümlich und ward von ihm auf jenen Tag unserem Schuster in Erkenntlichkeit für seine kostbare Gabe und zum Beweis besonderer Gnade als freie Schenkung überlassen, nebst einem Teil des inbefindlichen Hausrats, welchem der Graf schalkhaftigerweise noch einen neuen Schleifstein mit Rad beifügte. Die Brone bekam von den gnädigen Frauen einen künstlich geschnitzten Eichenschrank voll Linnenzeug zu ihrer Aussteuer.

Am Hochzeitstag gaben sich beide das Wort, ihre Glücksschuh zwar zum ewigen Gedächtnis dankbar aufzuheben, doch nie mehr an den Fuß zu bringen, indem sie alles hätten, vornehmlich aneinander selbst, was sie nur wünschen könnten, auch überdies hofften, mit christlichem Fleiß ihr Zeitliches zu mehren.

Der Seppe, jetzt Meister Joseph geheißen, blieb seinem Gewerbe getreu noch über achtundzwanzig Jahr; dann lebte er als ein wohlhabender Mann und achtbarer Ratsherr, mit Kindern gesegnet, seine Tage in Ruh mit der Brone.

Unter seinen Hausfreunden war einer, man hieß ihn den Datte, der kam an jedem dritten Samstag-Abend auf ein Glas Wein und einen guten Käs zu ihm mit dem Beding, daß niemand sonst dabei sei als die liebwerte Frau und die Kinder (diese hatte er gern, und sie taten und spielten als klein mit ihm, wie wenn er ihresgleichen wäre). Da ward alsdann gar schwatzt von Zunftgeschäften und von den alten Zeiten, ingleichen gern von einem und dem andern ein starker Schwank erzählt.

Gruppen ausstellen, die mindestens zwei Jahre auf dem internationalen Kongreß vertreten seien. Hiergegen wendete Effert ein, der Antrag gebe dem Gewerkverein, der dieses Jahr zum ersten Mal auf dem Kongreß vertreten sei, nicht das Recht, internationale Ueberweisungskarten auszustellen. Der Gewerkverein sei gewillt, die internationale Solidarität zu pflegen, die Beschlüsse des internationalen Kongresses mit durchführen zu helfen und hoffe deshalb auf volle Gleichberechtigung. Hierzu bemerkte Sachse, der amerikanische Antrag enthalte keine Ungerechtigkeit gegen die auf diesem Kongreß vertretenen Gruppen. Er verlange von allen eine zweijährige Karenzzeit für die Erwerbung der gebotenen Vorteile. Karenzzeit schrieben alle Organisationen, auch der Gewerkverein, ihren Mitgliedern vor zur Erzielung einer ständigen Mitgliedschaft. Darin könne niemand eine Zurücksetzung erblicken. Effert gab dann noch die Versicherung ab, er und seine Freunde seien Gegner der „gelben Gewerkschaften", die eine „Harmonie" zwischen Kapital und Arbeit durch organisierten Streikbruch herbeiführen wollen. Der amerikanische Antrag wurde angenommen.

Eine Episode verdient mit Rücksicht auf deutsche Verhältnisse besonders erwähnt zu werden. Die Belgier beantragten, der Kongreß möge sich für die Verstaatlichung der Gruben aussprechen. Hiergegen wandte sich die Gewerkvereinsdelegation, aber ihre Begründung ist außerordentlich charakteristisch. Sie lautete: In Deutschland sei der Staat als Arbeitgeber schlechter als die Privat-Unternehmer! Dieses Argument ist uns nicht unbekannt. Wir hören es immer wieder bei uns meistens von solchen Parteigenossen, die sich zur „radikalen Richtung" rechnen! In der Erklärung der Gewerkvereinsdelegation auf dem internationalen Kongreß liegt das denkbar schärfste Mißtrauen gegen die fiskalische Grubenverwaltung. Nach der Rede Delbrücks im Herrenhaus und den Vorgängen in Saarabien ist die Stellung der Gewerkvereins-Delegation sehr wohl begreiflich, d. h. wenn man die Verstaatlichungsfrage in erster Linie als eine Arbeiterfrage auffaßt, was sie nicht ist. Was die Gewerkvereinsdelegation in London erklärte, verträgt sich aber nicht mit dem, was in der „Kölnischen Volkszeitung" der Bezirksausschuß des christlichen Gewerkvereins für Saarabien veröffentlicht. Hier wird die fiskalische Verwaltung förmlich ersucht, durch ihre Beamten die Gewerkvereins-Versammlungen überwachen zu lassen, damit sich die Grubenverwaltung überzeuge, daß in den Gewerkvereinsversammlungen eine „königstreue", vom Vertrauen gegen die fiskalische Verwaltung getragene Gesinnung gepflegt würde. Dagegen stimmen in London die Gewerkvereinsdelegierten gegen die allgemeine Grubenverwaltung und motivieren dies mit einer Mißtrauenserklärung gegen den Staat als Arbeitgeber!

Von historischem Interesse ist folgende Reminiszenz: Auf dem 1894 in Berlin abgehaltenen internationalen Bergarbeiterkongreß führte eben derselbe Verstaatlichungsantrag zu einer längeren Lärmszene. Ein Ruhrgebietsdelegierter (Verbandsmitglied) trat für den Verstaatlichungsantrag ein unter Berufung auf den sozialdemokratischen Programmsatz: Vergesellschaftung aller Produktionsmittel. Jenem Kongreß wohnte auch der Vertreter einer schlesischen „christlichen Bergarbeiter-Organisation" bei; er protestierte leidenschaftlich gegen „die sozialdemokratische Ausnutzung des Kongresses" und verließ den Kongreß. Und nun kommt die partie honteuse: jenen Zwischenfall benutzte die klerikale Partei im Ruhrgebiet (spiritus rector Herr Pfarrer Driessen-Essen) zur Inszenierung einer „Protestbewegung", deren Frucht die — Gründung des christlichen Gewerkvereins der Bergleute war! Seine vorbereitende Versammlung (August 1894 in Essen) war ganz beherrscht von den Rednern, die in der auf dem Berliner internationalen Bergarbeiterkongreß betriebenen Verstaatlichungspropaganda eine Demonstration gegen die „königstreue", „umsturzfeindliche" Gesinnung der christlich gesinnten Bergleute zu erblicken suchten. Der Gewerkverein christlicher Bergleute wurde darum als unmittelbarer Protest gegen den „sozialdemokratischen internationalen Kongreß" bezw. den „sozialdemokratischen Verband" gegründet.

Wie sich — zum Glück! — die Zeiten ändern! 12 Jahre später erscheinen Delegierte desselben Gewerkvereins auf dem internationalen „sozialdemokratischen Kongreß". Wieder wird der Verstaatlichungsantrag gestellt und von seinen Freunden mit prononziert sozialistischen Argumenten verteidigt. Die christlichen Delegierten protestieren aber nicht gegen die ihnen jedenfalls sehr einleuchtenden sozialistischen Argumente, sondern stimmen gegen den Verstaatlichungsantrag nur mit der Motivierung, sie hätten kein Vertrauen zu dem Staat als Arbeitgeber! Das ist ein ganz außerordentliches Ereignis in der Bergarbeiterbewegung. Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenz der christliche Gewerkverein aus der Haltung seiner Vertretung in London ziehen wird. Jedenfalls ist hier wieder bewiesen worden, daß es viel richtiger ist, den Vertretern anderer Organisationsgruppen Gelegenheit zu geben, sich inmitten ihrer Klassengenossen zu den aktuellen Arbeiterfragen zu äußern, als in dogmatischer Manier mit Ausschlußanträgen aufzuwarten, wodurch jenen der Anlaß gegeben wird, sich als die „Terrorisierten" der Oeffentlichkeit vorzustellen. Die Gewerkvereinsdelegation hat ausnahmslos unseren Anträgen zugestimmt, mit derselben Einschränkung, die wir gegenüber einigen unpraktischen belgisch-französischen Anträgen machten, stimmte die Gewerkvereinsdelegation auch für diese. Faktisch hat es also nur eine deutsche Delegation in London gegeben und deshalb kann man die Frage einiger englischen Bergarbeiterdelegierten, warum die beiden deutschen Gruppen getrennt säßen, wohl verstehen. Ich habe die Ueberzeugung, auch das „getrennte Sitzen" ist eine vorübergehende Erscheinung, die kapitalistische Entwickelung wird noch alle Hindernisse hinwegspülen.

Es war der interessanteste Bergarbeiterkongreß, der in der Pfingstwoche vor den Toren des englischen Parlaments tagte. Würdig in seinem Verlauf, bedeutsam wegen seiner Zusammensetzung und seiner Beschlüsse. Uebers Jahr, in Salzburg, werden wir resümieren, welche Folgen er für die deutsche Bergarbeiterbewegung gezeitigt hat.

Derselbe Hausfreund brachte den werten Eheleuten an ihrem goldenen Jubeltag ein silbernes Handleuchterlein, vergoldet, in Figur eines gebückten Männleins, so einen schweren Stiefel auf dem Haupte trägt und einen Leib unter dem Arm. Rings aber um den Fuß des Leuchters waren eingegraben diese Reime:

Will jemand sehn mein frazzengficht,
ich halt ihm selbs darzu das licht.
mich kränket nur daß noch zur stund
mich geküßt kein frauenmund.
die mir allein gefallen hat
ein cron und schaufalt dieser stadt
hab ich vor funfzig jaren heunt
müeßen lassen meinem freund.
zum datte hani sie mich erkorn
zu schlichten zwilauf habder zorn.
deß gieng ich müeßig all die jar
mag es auch bleiben immerdar.

* * *

Und nun, mein Leser, liebe Leserin, leb wohl! Deucht Dir etwa, Du habest jetzt genug auf eine Weile an Märchen: wohl, ich verspreche, dergleichen sobald nicht wieder zu Markte zu bringen; gefiel Dir aber dieser Scherz, will ich es gleichwohl also halten. Es gelte, wie geschrieben steht zum Schluß des andern Buchs der Makkabäer: „Allezeit Wein oder Wasser trinken ist nicht lustig, sondern zuweilen Wein, zuweilen Wasser trinken, das ist lustig; also ist es auch lustig, so man mancherlei liest. Das sei das Ende!"

Politische Uebersicht.

Die Niederlage des „Zwickauer Polizeiregiments. Wie schon gemeldet, ist die berüchtigte Aufsehen erregende Verfügung des Stadtrats Wilke in Zwickau, der einen Streik für beendigt erklärte und das Streikkomitee auflöste, von der Kreishauptmannschaft aufgehoben worden. Die betreffende Entscheidung lautet:

Zwickau, am 14. Juni 1906.

Die königliche Kreishauptmannschaft, in kollegialer Zusammensetzung, hat dem Rekurse, welcher von dem Maurer Hermann Zettel und Genossen in Zwickau gegen die Verfügung des Polizeiamtes vom 5. dieses Monats, betreffend die Auflösung des Maurerstreikkomitees in Zwickau Bl. 12 fg. der Polizeiakten Nr. 2401, XIV, am 7. dieses Monats erhoben worden ist, Beachtung nicht zu versagen vermocht.

Es kann zunächst dahingestellt bleiben, ob bei dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung die Behörden überhaupt berechtigt sind, ein Streikkomitee deshalb polizeilich aufzulösen, bezw. die Auflösung durch Zwangsmaßregeln zu erzwingen, weil der Streik beendet sei. Jedenfalls kann der angefochtenen Verfügung schon deshalb weitere Folge nicht gegeben werden, weil die tatsächliche Voraussetzung, auf der sie beruht, nach Ansicht der Kreishauptmannschaft nicht zutrifft.

Das Polizeiamt geht von der Annahme aus, daß der Streik erloschen sei. Diese Annahme ist irrig. Denn wie aus den Akten des Polizeiamts selbst zu ersehen ist, hat eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinsichtlich der Höhe des Stundenlohnes und der Dauer der täglichen Arbeitszeit noch nicht herbeigeführt werden können, vielmehr sind die Verhandlungen hierwegen noch im Gange. Solange aber eine Einigung nicht erfolgt ist, auch die Mehrzahl der in den Ausstand getretenen Gewerbetreibenden in ihr früheres Arbeitsverhältnis noch nicht wieder zurückgekehrt ist, kann von einer Beendigung oder einem Erlöschen des Streiks nicht die Rede sein. Auch auf dem platten Lande, auf welches sich der Streik mit erstreckt, dauert derselbe, wie die Erörterungen nach Gehör der hiesigen Amtshauptmannschaft ergeben haben, noch fort. Demgegenüber kann dem Umstande allein, daß ein großer Teil der bei hiesigen Baugeschäftsinhabern beschäftigt gewesenen Maurer abgereist ist, worauf das Polizeiamt seine Maßnahme hauptsächlich stützt, ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen werden.

Die Rekurrenten sind entsprechend zu bescheiden.

Königliche Kreishauptmannschaft.
(gez.) Dr. Forker-Schubauer.

Schlimm genug, daß es erst des Eingreifens der Kreishauptmannschaft bedurfte, um den Arbeitern zu ihrem Recht zu helfen. In einem modernen Staate sollten Verfügungen, wie die aufgehobene, einfach unmöglich sein.

Gegen den politischen Massenstreik glaubt das berüchtigte Scharfmacherblatt, die „Hamburger Nachrichten", ein probates Mittel gefunden zu haben. Es empfiehlt den Unternehmern für den Fall, daß einmal Wahlrechtsdemonstrationen von kurzer Dauer stattfinden, den Arbeitern zu erklären: „Streikt, wenn ihr wollt; ihr werdet auch morgen eure Arbeit wiederfinden; da ihr aber euren Arbeitsplatz widerrechtlich verlassen habt, so sind durch euch die bestehenden Verträge und Arbeitsordnungen außer Kraft gesetzt, und von morgen an beträgt euer Lohn zehn Prozent weniger." Die „Hamburger Nachrichten" meinen, daß sich die Unternehmer in ihrer Gesamtheit auf die Anwendung dieses Mittels noch leichter einigen würden, als auf das der Aussperrung, die ihnen doch immer schwere materielle Opfer auferlege.

Ein Lohnabzug von 10 Prozent wäre für die Unternehmer eine profitable Sache, aber die meisten müßten auf ein solches Experiment wohl oder übel verzichten, weil die Arbeiter sich den Abzug nicht gefallen lassen würden. Die Zeiten sind für die meisten Berufe glücklicherweise vorbei, wo die Unternehmer solche Kunststückchen hätten vornehmen können.

Das eigene Kind als Fürsorgezögling erhalten. Ein achtjähriges Töchterchen einer Dorffamilie im Landkreise Königsberg ist etwas geistesschwach und kann aus diesem Grunde in der Schule beim Lernen mit den anderen Kindern nicht so recht Schritt halten. Die Mutter des Kindes erkrankt. Das gibt, wie der „Leipz. Volksztg." aus Berlin geschrieben wird, dem Pfarrer des betreffenden Kirchspiels Veranlassung, die Familie zu besuchen. Bei diesen Besuchen redete der Seelsorger der Mutter des geistesschwachen Kindes zu, das letztere in eine Anstalt zu geben. Schließlich gibt die Mutter nach und ist bereit, ihre Tochter der Rastenburger Idiotenanstalt zu überlassen. Bevor es jedoch zur Ueberführung des Kindes kommt, hört die Mutter von anderen Leuten, die ihre Kinder in derselben Anstalt gehabt hatten, mancherlei, was sie bedenklich stimmt, und sie sucht die Sache rückgängig zu machen. Vergeblich — da die Mutter ihr Kind nicht freiwillig schickt, kommt eines Tages der Amtsdiener, holt das Kind aus der elterlichen Wohnung und bringt es in die erwähnte Anstalt. Die Eltern des Mädchen setzen nun alle Hebel in Bewegung, um ihr Kind wieder zurück zu erhalten. Endlich, nach einem halben Jahre, darf das Kind die Anstalt verlassen, mit Genehmigung des Landeshauptmanns. Doch nicht als leibliches Kind seiner Eltern, sondern als Fürsorgezögling kehrt das Mädchen in den Schoß ihrer Familie zurück, wie aus nachstehendem Schreiben ersichtlich, das die Eltern des Kindes erhielten:

Ostpreußischer (Datum.)
Provinzialverein für innere Mission.

Nachdem der Herr Landeshauptmann genehmigt hat, daß Ihre Tochter ..... zu Ihnen in Erziehung und Pflege gegeben werde, übersenden wir Ihnen beifolgend den abzuschließenden Vertrag mit dem Ersuchen, nachdem Sie den Vertrag unterschrieben haben, den Vertrag uns zurückzusenden, damit wir ihn dem Herrn Landeshauptmann zur Bestätigung einreichen.

Im Auftrage:
Graf.

Nach einigen Wochen folgte ein weiteres Schreiben von dem Provinzialverein für innere Mission:

Beifolgend übersenden wir Ihnen den Vertrag betreffend die Unterbringung des Fürsorgezöglings ..... nach Bestätigung durch Herrn Landeshauptmann.

Aus dem Vertrage, welcher formell das eigene Kind der Eltern zu einem Fürsorgezögling stempelt, heben wir als beachtenswert folgendes hervor:

Der ..... verpflichtet sich, den Fürsorgezögling in religiös-sittlichem Sinne zu erziehen und ihn in seine Familie aufzunehmen. . . .

Weitere Paragraphen des Vertrages enthalten Vorschriften über die Beköstigung, Kleidung und Schlafstelle des Fürsorgezöglings. Der § 7 gibt Anweisungen, den Zögling anzuhalten: zur Ordnungsliebe, Reinlichkeit, Friedfertigkeit, Arbeitsamkeit und Gehorsam; besonders soll der Zögling angehalten werden, fleißig die Schule und die Kirche zu besuchen; auch ist der Konfirmandenunterricht pünktlich wahrzunehmen.

Zur Ueberwachung dieser Vorschriften bestellt der Landeshauptmann einen Fürsorger. Die Eltern sind verpflichtet, den Weisungen des Fürsorgers, vorbehaltlich der Beschwerde an den Landeshauptmann, Folge zu leisten.

Diese schöne Blüte des Bureaukratismus demonstriert die Unvollkommenheit des geltenden Fürsorgeerziehungsgesetzes in mehr als drastischer Weise.

Schönhusen. Es gibt schlechterdings nichts zwischen Himmel und Erde, auf das gewisse Neunmalkluge nicht hineinfallen. Der „Vorwärts" hatte sich den harmlosen Scherz gemacht, die Namen der beiden polizeilichen Ehrenmänner Schöne und Brockhusen zusammenzuziehen und von einem Herrn „Schönhusen" als Hintermann der „Post" zu sprechen. Die „Post"redakteure merkten in ihrer unergründlichen Klugheit natürlich nicht, daß es sich bei diesem mixtum compositum Schönhusen um nichts anderes als ein Wortspiel handele, das quasi die politische Polizei in allen ihren Z eigen — Beamten und Agenten — drastisch personifizieren sollte. Feierlich erklären sie in ihrer Ausgabe vom Montag Abend in Sperrdruck:

Wir erklären demgegenüber hierdurch ausdrücklich, daß wir mit Herrn von Schönhusen niemals in irgendwelcher Verbindung gestanden haben und auch für die Zukunft nicht die Absicht haben, ihn für unsere Informationen irgendwie in Anspruch zu nehmen. Die „Post" hat sich von jeher auf ganz andere Quellen gestützt.

Das sagt genug!

Segelpolitik.

Die großen Segelregatten, die von der allerbesten Gesellschaft alljährlich in Kiel veranstaltet werden, geben dem deutschen Kaiser auch allemal Gelegenheit, sich an festlicher Tafel als Redner zu betätigen. Das ist für die versammelten Segler von großem Wert, denn sie erfahren dabei immer genau, wie der Wind geht, und wie man sein Segel zu stellen habe, um sein Schifflein geschwind vorwärts zu bringen. So war man längere Zeit hindurch der Meinung gewesen, daß allzu großer Eifer in der Förderung uferloser Flottenpläne in maßgebenden Kreisen augenblicklich nicht recht beliebt sei; jetzt hat aber Wilhelm II. in Kiel erklärt: „Langsam folgt unsere Flotte den Riesenschritten, mit denen die Handelsflotte vorausgeht." Die Flotteneiferer, denen nicht genug und nicht schnell genug neue Kriegsschiffe gebaut werden, dürften aus dieser Aeußerung ihres Herrn neue Hoffnung schöpfen und in ihr einen Ansporn zur Fortsetzung ihrer Agitation erblicken. Es heißt immer noch: „Nun aber weiter!"

Ferner hat der Kaiser den Segelsport gepriesen als eine Schule des deutschen Charakters, der deutschen Männlichkeit. Er führte aus:

Der deutsche Manneswert kann sich bewähren auf verschiedenen Gebieten, im Heere, im Zivildienst, auf der Flotte, im Dienst in den Einzelstaaten, in den Gemeinden, aber am besten wird er ausgebildet, am klarsten wird unseren Deutschen das Auge gemacht, wenn sie auf das Salzwasser kommen. Daher begrüße ich in jedem von Ihnen einen meiner Mitkämpfer und Mitarbeiter.

Kunst, Literatur, Wissenschaft und politisches und wirtschaftliches Leben gehören am Ende auch zu den Gebieten, auf denen sich der deutsche Manneswert bewähren kann; der Kaiser aber nennt in seiner Aufzählung nur den Staats- und Gemeindedienst sowie den Segelsport. Wer die Worte genau abwägt, wird zugeben müssen, daß in der ausschließenden Nennung dieser Gebiete doch eine gewisse Ueberschätzung ihres Wertes liegt. Zunächst sind im Militär- wie im Zivildienst Preußen-Deutschlands die Grenzen der Freiheit viel zu eng gezogen, als daß sich hier der „deutsche Manneswert" voll bewähren könnte. Was aber die Teilnehmer der Kieler Woche betrifft, so dürften nicht wenige von ihnen arg erschrocken sein, als sie der Kaiser als „Mitkämpfer" und „Mitarbeiter" ansprach. „Kampf" und „Arbeit" ist nämlich vielen von diesen Herren ein recht ungewohnter Klang; sie stellen keine weitern Ansprüche an das Leben, als daß sie ihr reichliches Geld in der angenehmsten Weise verzehren, und überall dabei sein wollen, wo etwas los ist. Daß sie durch ihre Teilnahme am Kieler Segelrennen sich Verdienste am deutschen Vaterlande erwerben, dürften sie selbst bisher kaum angenommen haben.

Gemaßregelter Freisinn. Es wird jetzt bestätigt, daß der nationalsoziale Pastor Korell in Königsberg durch seine vorgesetzte Kirchenbehörde gemaßregelt worden sei, weil er es gewagt hatte, in der Darmstädter Stichwahl die von seinen Freunden ausgegebene Parole zu Gunsten der Sozialdemokratie zu billigen. Herr Korell hat dafür einen Verweis erhalten, und ein ihm nahestehendes Blatt versichert, er werde nicht den Schatten einer Maßregelung auf sich sitzen lassen, sondern den Kampf für seine Ueberzeugungstreue bis zum äußersten Ende durchführen. Leider macht aber die liberale Presse bisher nicht die geringe

sen Anstalten, Herrn Korell in diesem löblichen Kampfe zu unterstützen. Allerdings handelt es sich hier um eine Frage deren Erörterung für die Freisinnigen höchst peinlich ist: die Maßregelung Korells bietet den Schlüssel für manches Rätselhafte, das man von freisinniger Seite erlebt. Es ist oft nicht Klassenbewußtsein, was die Masse der Bürgerlichen zusammenhält, als vielmehr die Furcht vor dem, was dem Herrn Korell passiert ist, und mehr noch von dem, was ihn weiter bedroht, wenn er in seiner unbotmäßigen Haltung verharrt. Daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten oben mißliebigen Partei von den herrschenden Mächten mit Ehren- und Einkommensstrafen bedroht wird, — ist schon an und für sich ein gänzlich unwürdiger Zustand, den ehrliebende Männer nicht ertragen dürften. Jetzt hat man sich die Theorie zurechtgelegt, daß schon die bloß gelegentliche Unterstützung dieser Partei bei Stichwahlen, jeden der sie leistet, reif zur Aechtung mache. Man begreift am Ende, warum bei den preußischen Landtagswahlen freisinnige Beamte, Pastoren, Professoren, Lehrer usw. um keinen Preis dafür zu haben sind, einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben, sondern lieber einen ausgesprochenen Reaktionär wählen. So würde der Fall Korell der freisinnigen Presse treffliche Gelegenheit bieten, eine Frage aufzuwerfen, die von wirklich grundsätzlicher Bedeutung ist.

Die Frage „Warum haben die Freisinnigen keine Courage?" wird in der freisinnigen Presse unerörtert bleiben. Warum? Eben darum!

Es bleibt beim Religionsunterricht.

Der Senat der „freien" Stadt Bremen hat endlich auf den Beschluß der Bürgerschaft wegen des Religionsunterrichts in den bremischen Volksschulen die langerwartete Antwort erteilt. Sie lehnt das Ersuchen um Beseitigung des Religionsunterrichts ab und versteht sich nur dazu, den Religionsunterricht etwas moderner, zeitgemäßer zu frisieren. In der Antwort des Senats heißt es:

„Die Schuldeputation ist, und zwar einhellig, der Ueberzeugung, daß die angeregte Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen eine schwere Schädigung der Kinder sowohl für ihre geistige Bildung, als auch in erziehlicher Hinsicht zur Folge haben würde. So selbstverständlich es ist, daß „Religion nicht gelehrt werden kann", so wichtig ist es, daß die Kinder in der Schule über Religion und insbesondere über diejenigen Vorstellungen und Ueberlieferungen, Persönlichkeiten und Einrichtungen, die für die Entstehung und Entwickelung der christlichen Religion von Bedeutung sind und die in einer Verstand und Gemüt der Kinder anregenden Weise behandelt werden können, belehrt werden. Den Religionsunterricht aus dem Lehrplan der Schulen streichen, hieße nicht nur, diese eines der wertvollsten Unterrichts- und Erziehungsmittel berauben, sondern auch der heranwachsenden Jugend den Weg zum Verständnis eines der tiefsten Bedürfnisse des menschlichen Gemütes und zugleich eines der wichtigsten Faktoren in der kulturgeschichtlichen Entwickelung aller Seiten verschließen oder doch erschweren."

Dieser Lobeshymnus auf den Religionsunterricht nimmt sich um so eigenartiger aus, als auf den höheren Schulen Bremens der Religionsunterricht bereits abgeschafft ist. Die Herren der Schuldeputation und des Senats haben offenbar ein so gutes menschenfreundliches Herz, daß sie lieber auf „eines der wertvollsten Unterrichts- und Erziehungsmittel" für ihre Kinder und die Jugend der besitzenden Klasse verzichten, wenn nur den Kindern des Volkes recht reichlich davon zugute kommt. Wie sie sich den modernisierten Religionsunterricht denken, lassen folgende Ausführungen erkennen:

„Die Schuldeputation ist der Meinung, daß eine erneute Revision der für die Schulen geltenden Lehrpläne für den Religionsunterricht auch in Rücksicht auf die in Elternkreisen vielfach in dieser Richtung bestehenden Wünsche, geboten sei. Die Unterrichtskommission des Senats wird eine solche Revision baldigst ins Werk setzen und die Schuldeputation Gelegenheit erhalten, dabei der gesetzlichen Vorschrift gemäß mitzuwirken. Die Deputation steht, im Einvernehmen mit der Senatskommission für das Unterrichtswesen, auf dem Standpunkt, daß der Religionsunterricht in den Schulen, gemäß dem seit langer Zeit in Bremen bestehenden Herkommen, von dogmatischer Belehrung frei sein und nur der Pflege echter Religiosität und religiös-sittlicher Belehrung dienen soll. Bei der beabsichtigten Revision der Lehrpläne wird selbstverständlich an diesem Grundsatz festgehalten werden."

Die „echte Religiosität" ist es eben, die das Kapital, dessen Interessen die Haltung des Senats bestimmen, nicht entbehren zu können glaubt. Das „religiöse", d. h. geduldige, gehorsame, knechtselige, demütige Proletariat wird sich leichter bevormunden und regieren lassen, als ein Proletariat, das nicht mehr in veralteten Vorurteilen, in lähmenden und erstickenden Wahnvorstellungen befangen ist. Eine Illustration erfährt diese Fürsorge für die „echte Religiosität" des Volkes noch durch das Vorgehen der Unterrichtskommission des Senats gegen die Lehrer, die in dem Kampfe um die Befreiung der Schule von der Kirche die Wortführer gewesen sind. So ist außer den schwebenden Disziplinarverfahren gegen mehrere bremische Lehrer jetzt auch noch ein Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Gansberg eröffnet worden. Es soll sich dabei um einen Vortrag handeln, den Gansberg am 11. Mai im Elternbunde gehalten hat und in dem er Ausführungen gemacht haben soll, in welchen eine Aufreizung des Publikums gegen den Schulinspektor, sowie eine Mißachtung dieses Beamten erblickt wird. Die unbequemen Vertreter des Fortschritts sollen beseitigt oder mundtot gemacht werden, damit die Kirche um so glorreicher triumphieren kann.

Elsässer Onomatopöetika. Das Vogesenblatt, Beilage der Straßburger Post, berichtet aus Schlettstadt: Eine Variante zu dem schönen Rheinweinlied von Emi Rittershaus, wonach die Glocken in guten Weinorten „vinum bonum", in schlechten Weingegenden dagegen „Aeppel Päppel" klingen, kennt man in der dortigen Gegend. Freilich ist es nicht der frische Humor der Rheingaubewohner, sondern mehr soziale Satire, die da besagt, in Schlettstadt läuten die Glocken beim Tode reicher Leute „argent comptant! argent comptant!" während bei armen Schluckern die Glöcklein sich mit einem „Gingel-gängel — gingel-gängel — il ne paye pas! gingel-gängel" begnügen.

Aus der besten aller Welten. Die 24 Jahre alte Taglöhnersfrau Magdalena Blattl von Neuburg war wegen Forstfrevels zu 18 Mk. Geldstrafe event. neun Tagen Haft verurteilt worden. Da sie zu Hause einen kranken Mann und die Stube voll kleiner Kinder hatte, konnte sie weder die Geldstrafe bezahlen, noch die Haftstrafe verbüßen. Als sie infolgedessen am 7. April von einem Gendarmen zur Verbüßung der Haftstrafe abgeholt wurde, stieß sie in ihrem Aerger eine despektierliche Aeußerung gegen die Person des Prinzregenten aus. Das Landgericht München II verurteilte die Frau wegen Beleidigung des Landesherrn zu einem Monat Gefängnis.

Für die Reichstagsnachwahl in Minteln-Hofgeismar haben unsere dortigen Genossen wiederum den Gen. Betterlein-Helmershausen einstimmig aufgestellt.

Die Konservativen wollen für den Kandidaten der deutsch-sozialen Partei eintreten.

Ausland.

Clemenceau gegen Jaures.

Am Dienstag polemisierte der Minister Clemenceau in der französischen Kammer gegen Jaures.

Clemenceau verteidigte sich gegen den Vorwurf, die Arbeiter von sich gestoßen zu haben, und verwahrt sich im Namen der Arbeiter gegen das Vorgehen jener, die den Leutnant Latour überfielen oder die Wohnungen ihrer Genossen verwüsteten. (Beifall bei den Radikalen und im Zentrum.) Er müsse zur Steuer der Gerechtigkeit feststellen, daß er Zusammenstöße zwischen den Truppen und den Streikenden vermieden habe, und erklärt, trotz der Ableugnung der Sozialisten, daß die Soldaten von den Einwohnern der von ihnen bezogenen Ortschaften angegriffen wurden. Die Regierung sei vor dem Streik im Becken von Calais und vor den Manövern der Reaktionären gestanden und habe die Pflicht gehabt, die Ordnung zu sichern. Dank ihr habe auch während der Wahlen sozialer Frieden geherrscht. Der Minister sei stets der Meinung gewesen, daß man keine Truppen in Streikgebiete senden dürfe, so lange keine Gewalttaten begangen worden und er erinnert an die Besprechungen, die er mit den Grubengesellschaften hatte, um für die Sache der Arbeiter einzutreten. Der Minister wirft den Sozialisten vor, daß sie die Arbeiter nicht lehren, das Gesetz zu achten. Er wolle die Arbeiter trotz der Sozialisten, ja gegen sie verteidigen. (Erneuter Beifall bei den Radikalen und im Zentrum.) Als der Minister vom Komplott und von der Verhaftung der Delegierten des Arbeiterbundes spricht und Jaures ihn unterbricht, ruft der Minister: Nicht ich, sondern Sie haben den Bund angezeigt! Der Minister fragt, ob Jaures, wenn er Minister des Innern wäre, es zuließe, daß die Häuser der Bergarbeiter geplündert werden. Der Minister zollt den während des Streiks verwundeten Soldaten ehrende Worte, wobei ihm die ganze Kammer mit Ausnahme der äußersten Linken Beifall spendet. Die Aufrechterhaltung der Ordnung am 1. Mai sei eine unbedingte Notwendigkeit gewesen. Von den 650 auf der Place de la Republique damals verhafteten Personen seien 33 Sträflinge und 76 Ausländer gewesen. Der Minister erklärt weiter, daß die Ordnung, wie sie das Gesetz verlangt, notwendig sei zur Erhaltung der Gesellschaft, und fordert die Sozialisten auf, vereint mit ihm für das Wohl der Republik zu arbeiten. (Stürmischer Beifall bei sämtlichen Republikanern.)

Ein Arbeiter, der Arbeit sucht und sie findet, hat das Recht, zu arbeiten; ein Arbeiter, der seinen Dienst verläßt, in der Hoffnung auf eine bessere Entlohnung, kämpft um eine bessere Stellung und nicht um das Leben. (Beifall. Unterbrechungen der Sozialisten.) Der Minister hält es für berechtigt, daß ein Arbeiter seine Lage zu verbessern suche, aber es sei ihm nicht erlaubt, einen Genossen, dem die Erhaltung einer Familie obliegt, zur Arbeitsruhe zu zwingen. Der Minister bespricht sodann das Programm der Sozialisten und erklärt, er finde dieses überaus bürgerlich. Jaures habe sein (Clemenceaus) Programm sich zu eigen gemacht: Achtstundentag, progressive Einkommensteuer und Rückfall der großen Monopole an das Volk. (Beifall bei den Sozialisten.)

Clemenceau erklärt, er werde Jaures' Vorschläge über die Enteignung prüfen, sobald dieser sie formuliert haben werde. Der Minister glaube indessen, das individuelle Eigentum werde noch lange Zeit Aenderungen durchmachen. Uebrigens gebe es noch zahlreiche andere sozialistische Auffassungen über diese Frage. Der Minister erinnert Jaures daran, daß auch Christus die Menschheit habe erneuern wollen, aber daß Gewalttätigkeit und Blutvergießen nicht aus der Welt verschwunden seien. Nicht die Form der Gesellschaft sondern den Menschen müsse man bessern. Der besser gewordene Mensch wird seine Gesellschaftskreise zu wählen wissen. Nachdem Clemenceau sodann über die Wahlen und den Klerus gesprochen hatte, zählt er die freiheitlichen Gesetze auf, welche das bürgerliche Parlament seit zehn Jahren zu Gunsten der Arbeiter beschlossen hat. Der Minister fügt noch hinzu: Wir wollen im Verein mit den Sozialisten die Steuern erörtern, die zum Zweck der Einführung der Altersversorgung der Arbeiter zu schaffen sind, und wenn es nötig sein wird, das Budget zu bewilligen, dann werden sich die Sozialisten dem entziehen. Das ist nicht loyal. (Langanh. Beifall.) Der Minister führt dann weiter aus, er hoffe es zu erleben, daß die Sozialisten aufhören, seine Gegner zu sein, und daß sie zu ihm zurückkehren. Er vergleicht sie unter der Heiterkeit des Hauses mit denjenigen Frauen, die immer ihren Gatten drohen, zu ihren Müttern zurückkehren zu wollen, und es doch niemals tun. Der Minister erregt sich nicht über den Tadelsantrag, den die Sozialisten gegen ihn einbringen wollen. Er wirft Jaures vor, daß er die Republik verkenne, obgleich er doch einer ihrer besten Arbeiter sei. (Erneute Heiterkeit.) Wenn die Sozialisten mit uns arbeiten wollen, so werden wir ihnen die Hände reichen und ihnen sagen, laßt uns zusammenarbeiten. Wenn sie es ablehnen, werden wir tapfer die Verantwortung tragen. (Großer Beifall links und im Zentrum.)

Auf Antrag Maujans beschließt die Kammer mit 865 gegen 78 Stimmen, die Rede Clemenceaus öffentlich anschlagen zu lassen.

Jaures erklärt in Erwiderung auf die Darlegungen des Ministers Clemenceau, die Sozialisten seien bereit, zusammen mit der Regierung an dem Reformwerk weiter zu arbeiten, aber er verspottet den Minister, der das Individuum von der sozialen Umgebung isolieren wolle, und spricht die Meinung aus, daß das Individuum und die soziale Umgebung gleichzeitig reformiert werden müssen. Jaures verlangt die volle Aktionsfreiheit für das Proletariat und sagt, die Sozialisten wollen nicht die soziale Heuchelei mitmachen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Er erinnert an die 1400 Leichen von Courrieres, die Opfer des Kapitalismus seien. Erstaunlich sei, daß man so spät daran gehe, die Schuldigen zu verfolgen.

Ein Antrag der Sozialisten Dejeante und Allemane, auch die Rede Jaures öffentlich anschlagen zu lassen, wird mit 228 gegen 119 Stimmen abgelehnt und die Fortsetzung der Debatte sodann auf Donnerstag vertagt.

Die Sonntagsruhe in Frankreich. In Frankreich ist bekanntlich die gesetzliche Sonntagsruhe noch nicht durchgeführt; zur Zeit wird aber im Senat ein Gesetz beraten, das den Arbeitern einen wöchentlich wiederkehrenden Ruhetag sichern soll. Unter Artikel 13 hat der Senat einer Bestimmung seiner Kommission zugestimmt, wonach in solchen Gewerben, in denen Nachtarbeit notwendig ist, den betreffenden Arbeitern dreizehn Ruhetage innerhalb dreier Monate zustehen. Diese sollen einzeln oder zusammen je nach der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegeben werden können. Das Syndikat der Pariser Bäckergesellen hat hiergegen protestiert und fordert einen regelmäßig wöchentlich wiederkehrenden Ruhetag. In der Eingabe wird mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Ruhezeit, die erst nach dreimonatiger ununterbrochener Tätigkeit eintritt, in sanitärer Beziehung wertlos sei. Da in ihrem Gewerbe Kündigungsfrist nicht üblich sei, würden bei der Annahme einer solchen Bestimmung die Gehilfen ihre Stellung vielfach verlieren, sie würden nach Absolvierung der 13tägigen Ruhezeit von Meistern einfach nicht wieder angenommen werden. — Das Drängen der französischen Arbeiter nach einem regelmäßigen Ruhetag ist so groß, daß mittlerweile eine ganze Reihe von Berufsgruppen sich denselben durch den gewerkschaftlichen Kampf bereits errungen haben. In der letzten Zeit ist dies auch den Barbieren in Paris gelungen. Das Gesetz hinkt also auch hier den tatsächlichen Verhältnissen hinterdrein.

Partei-Angelegenheiten.

Die empfindlichen Schimpfapostel. Wegen Beleidigung dreier Agitatoren des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wurde der Vorsitzende des Eisenacher sozialdemokratischen Vereins, Genosse Munknagel, und der sozialdemokratische Reichstagskandidat für Eisenach, Genosse Leber, zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Leute vom Reichsverband scheinen sehr empfindlich zu sein, wenn man sie selbst anspricht, sonst allerdings nicht.

Aus den Gerichtssälen.

Vierzehn Verkäuferinnen aus dem Jandorfschen Warenhause in Berlin standen am letzten Dienstag vor dem Schöffengericht unter der Anklage des Diebstahls. Die Mädchen haben sich zugestandermaßen eine Reihe von Gegenständen aus den dortigen Warenvorräten angeeignet. Im wesentlichen handelte es sich um Dinge, die zum weiblichen Putz gehören, als da sind: Blusen, Spitzen, Straußenfedern, Krawatten, Schönheits-Creme, Gürtel, Parfüm, Schleier, Hemden, Reform-Beinkleider usw. Bei diesen Verfehlungen waltete der eigenartige Umstand ob, daß die Mädchen die Sachen, die sie stahlen, zumeist gar nicht selbst verwendeten, sondern sich gegenseitig damit erfreuten, sodaß außer Diebstahl auch Hehlerei in Frage stand. Weinen und Schluchzen erfüllten den Saal, als der Staatsanwalt seine Anträge stellte, nach denen mehrere der Angeklagten zu vier Wochen, das Gros zu einigen Tagen Gefängnis verurteilt werden sollten. Die Verteidiger wiesen auf die große Versuchung hin, die in so großen Warenhäusern so oft an die Verkäuferinnen herantrete. Hier in diesem Falle hätten die jungen Mädchen, ohne sich viel dabei zu denken, Gegenstände genommen, die im wesentlichen dazu dienten, ihrer Putzsucht frönen zu können. Die Verteidiger empfahlen eine möglichst milde Strafe, damit die Möglichkeit gegeben sei, die Angeklagten auf die Liste A zu setzen, d. h. ihnen bei guter Führung eine Abbüßung der Strafe zu ersparen. Der Gerichtshof sprach eine Angeklagte frei und verurteilte die übrigen zu Gefängnisstrafen, die von 1 Woche bis auf 1 Tag herabgingen.

Neueste Nachrichten.

Wahlrechtsverschlechterung in Leipzig.

Der Leipziger Rat hat beschlossen, den Stadtverordneten eine „Reform" des städtischen Wahlrechtes auf Grund des Berufswahlsystems nach dem Muster des Chemnitzer vorzuschlagen.

Korell.

In einer gestern Abend stattgehabten Versammlung des freisinnigen Vereins in Darmstadt wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher dem durch das Oberkonsistorium gemaßregelten Reichstagskandidaten Pfarrer Korell das volle Vertrauen ausgesprochen wird.

Die Lage in Rußland.

Hb. **Petersburg**, 21. Juni. Gestern in später Stunde war der Ministerrat in Peterhof versammelt, wo über das Weiterbestehen des Ministerkabinets Goremykin entschieden werden sollte. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll es immerhin noch möglich sein, daß das Kabinet Goremykin noch einige Zeit verbleibt, da niemand einen Ministerposten übernehmen will, ein Koalitionsministerium der Regierung aber nicht erwünscht ist. — In den Straßen Petersburgs waren gestern verschiedene Trupps von je 6 Mann arretierter Matrosen sichtbar, die von Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr begleitet wurden. — In Kronstadt ist die Lage sehr ernst; ein allgemeiner Streik wird befürchtet. Die Hotels und Restaurants dürfen keine geistigen Getränke verabfolgen.

Moskau, 21. Juni. Wegen neuer Unruhen, die längs der Eisenbahn Rybinsk-Bologoje, einer Zweiglinie der Hauptstrecke Petersburg-Moskau, ausgebrochen sind, sind die benachbarten Kreise in den Kriegszustand versetzt worden. Wie gerüchtweise verlautet, sollen auf dieser Bahnstrecke bereits zwei Brücken in die Luft gesprengt worden sein.

Petersburg, 21. Juni. Aus Rjäsan wird gemeldet, daß das dort stationierte Infanterie-Regiment gemeutert hat. Ein Offizier soll getötet, mehrere verwundet worden sein. In der Stadt herrscht große Verwirrung und Bestürzung. Die Juden fliehen.

Helsingfors, 20. Juni. In dem Prozeß gegen die wegen Beraubung der hiesigen Filiale der Russischen Reichsbank Angeklagten wurde heute das Urteil gefällt. Drei von ihnen wurden zu neun Jahren drei Monaten Zuchthaus, zwei zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen die beiden letzteren wurde ferner Anklage wegen Mordes erhoben. Eine Frau wurde wegen Hehlerei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Personen erhielten drei Monaten Gefängnis, weil sie den Räubern zur Flucht verholfen hatten. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Unfall beim Unterwasser-Tunnel.

Die ebenso interessanten als schwierigen Arbeiten an dem neuen East-River-Tunnel der Pennsylvania-Bahn erlitten, wie aus New-York unter dem 21. Juni telegraphisch mitgeteilt wird, eine verhängnisvolle Unterbrechung, die mehreren Arbeitern Leben und Gesundheit kostete. Infolge zu starken Druckes der komprimierten Luft riß die Schutzdecke der Kammer weit auseinander. Das Bersten der Teile verursachte mitten im Wasser einen Geiser. Der aus der Tiefe aufsteigende Wasserstrahl, der der Außenwelt zuerst Kunde gab von der in der Tiefe erfolgten Katastrophe, überschüttete mit Wasser und Schmutz die Passagiere eines Dampfers, der über die Unglücksstelle fuhr, als der Einbruch erfolgte. So weit bis jetzt bekannt, sind zwei der Tunnelarbeiter ertrunken. Einer wurde schwer, ein halbes Dutzend leichter verletzt.

Vermischtes.

Heiteres. In einer Universitätsstadt gerät eines Nachts ein junger Mann in ein Rudel bezechter Studenten und wird, weil er einige tiefe Narben im Gesichte hat, in hohen Ehren empfangen. Alle bewundern respektvoll die „Schmisse" des Fremden.

„Willkommen, mutiger Paukant", ruft der Chor.

Bin kein Paukant! sagt jener bescheiden.

Oho! bei welcher Burschenschaft?

Bei keiner!

Und die Schmisse?

Sind keine „Schmisse".

Oho, oho, oho! Nun, nun was denn?

Bin Maschinenschlosser und vor einiger Zeit in der Fabrik des Schindmaier verunglückt.

„In der Fabrik meines Vaters?" schreit ein Bürschchen auf.

Sanft aber schnell wird der Mann mit den „Schmissen" aus dem Kreise befördert.

„Frechheit, mit so etwas zu renommieren."

„War schon nahe daran, ihm das Du anzutragen."

„Schauderhafte Verwechselung, leicht für Kommilitonen zu halten."

Trrrr! „Südd. Postillon".

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

20. und 21. Juni.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.) . .	[illegible]	+ 20,7	+ 16,4
Luftdruck bei 0° (mm)	753,9	754,0	755,0
Dunstdruck (mm) . .	9,1	8,9	10,9
Dunstsättigung (pCt.)	39	50	78
Wind (0—12) . . .	NW 3	N 2	NW 3
Wetter	wolkig	heiter	bewölkt

Versammlungen und Vereine.

Die Volksversammlung für die Gräbschener Vorstadt, die am Mittwoch Abend im Drei-Kaiser-Saale stattfand, war von etwa 400 Personen, unter ihnen eine große Zahl von Frauen, besucht. Genosse Neukirch sprach unter allgemeiner Zustimmung der Versammelten über die wichtige Frage, warum der Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit auch politisch, und zwar in der sozialdemokratischen Partei, organisiert sein muß. Eine kurze Diskussion bewegte sich ganz im Sinne des Referenten.

Eine öffentliche Versammlung für den Stadtbezirk Pöpelwitz tagte gestern Abend im Saale des vom Militär boykottierten „Prinz Karl", Pöpelwitzstraße. Genosse Klühs sprach eingehend über das Thema: Welche Steuern muß der Arbeiter in Breslau zahlen? und wies besonders an Beispielen aus der städtischen Politik die Notwendigkeit nach, daß alle Arbeiter, die mehr als 660 Mark Jahreseinkommen haben, auch das Wahlrecht zum Stadtparlament erwerben. An den Vortrag schloß sich eine kurze Debatte.

Vermischtes.

Das Strumpfband der Neuvermählten. In New-Jersey (Amerika) gab es kürzlich eine große Hochzeit. Die Braut wurde dabei die freiwillige Märtyrerin eines Aberglaubens, den Bräute und Brautjungfern schon seit Generationen gehegt hatten. Welches Mädchen immer ein Strumpfband erhält, sagt man, das eine Braut an ihrem Hochzeitstage getragen hat, wird selbst noch vor Jahresfrist glückliche Braut sein. Der erwähnten Hochzeit nun wohnten acht Brautmädchen bei, wie man in Amerika sagt, und etwa ein Dutzend anderer Mädchen. Das Verlangen nach Brautstrumpfbändern war demnach sehr groß. Die ebenso gutherzige wie rasch entschlossene Braut fand jedoch einen Ausweg, indem sie sich fragte, ob sie nicht ebenso gut ein Dutzend wie ein Paar Strumpfbänder tragen könne. So kam es denn, daß die Braut nicht weniger als 20 Strumpfbänder trug und so in der Lage war, 20 ihrer Freundinnen damit zu beglücken. Die sehr kostbaren und hübsch ausgestatteten Bänder waren so angebracht, daß auf jedem Fuß vom Knie abwärts bis nahe zur Ferse zehn verschiedene „garters" sich befanden. Als die Braut nach der Feier ihren Anzug wechselte, verursachte die Verteilung der schönen Bänder unter den ledigen Damen die freudigste Ueberraschung und die lebhafteste Genugtuung.

Vergnügungen.

* **Breslauer Sommertheater.** Gelegentlich der Gastspiele von Frau Eysoldt und Herrn Steinrück wird sich noch ein dritter Künstler dem Breslauer Publikum vorstellen. Herr Ludwig Hartau, einer der jüngeren hoffnungsvollen Kräfte des Deutschen Theaters in Berlin, wird in der Rolle des Malers Schwarz in „Erdgeist" gastieren. Herr Hartau ist Breslauer Kind.

* **Dominikaner.** Der schöne Dominikanergarten bietet einen recht angenehmen Aufenthalt. Nicht nur Abends zur Vorstellung, sondern auch Nachmittags läßt es sich bei einer Tasse guten Kaffee recht gemütlich plaudern, die Vorstellung beginnt um ½8 Uhr und wird nur noch kurze Zeit von den Original-Leipzigern, Dir. P. Belzer, ausgeführt. Das nächste Programm bietet eine Menge neuer Ueberraschungen. Auch beginnt in den nächsten Tagen auf vielseitigen Wunsch des Publikums die Ringkampfparodie. Das Eintrittsgeld beträgt nur 10 Pf.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.

Breslau, 20. Juni.

	Pro 100 Kilogramm					
	gute		mittlere		geringere Sort.	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer	18.20	17.40	17.20	16.80	16.70	16.30
Weizen, gelber	18.10	17.30	17.20	16.80	16.70	16.30
Roggen	15.40	14.80	14.70	14.50	14.40	14.20
Braugerste	15.50	15.10	15.00	14.50	—.—	—.—
Gerste	14.00	13.60	13.50	13.10	13.00	12.50
Hafer	17.50	17.00	16.90	16.50	16.40	16.00
Viktoria-Erbsen	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50	14.50
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.30	14.50	14.00

Heu pro 50 Kilogramm 2.50—2.70 Mk.
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 ruhig, 24.25—24.75 Mk. Roggenmehl 00 ruhig, 22.25—22.75 Mk. Roggen-Hausbacken ruhig, 21.75—22.25 Mk. Roggen-Futtermehl ruhig, 10.75 bis 11.00 Mk. Weizenkleie ruhig, 10.50—10.75 Mk.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Im Partei-Sekretariat,

Neue Graupenstraße 5/6, III., werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Bestellzettel auf die „Volkswacht" zu haben.

Rechtsauskünfte können im Partei-Sekretariat **nicht** erteilt werden.

Die Bibliotheksstunden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an von **7—9 Uhr** statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Gewerkschafts-Kartell.

Vorsitzender: Paul Heypner, Kurzegasse 53/55.
Kassierer: R. Peterhansel.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 21. Juni:

Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung Zimmer 3 und 4.

Freitag, den 22. Januar:

Arbeiter-Vertreter. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer Nr. 2.

Sonnabend, den 23. Juni:

Zimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Sonntag, den 24. Juni:

Steinarbeiter-Verband. Vormittags von 10—12 Uhr Kassentag im Zimmer Nr. 7.

Dienstag, den 26. Juni:

Metallarbeiter-Verband (Bauanschläger). Abends 8 Uhr: Versammlung.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 4 (Nikolaivorstadt).

Bezirk 2 (umfassend Berlinerstraße 1 bis 38). Die für Donnerstag den 21. Juni angesetzte Bezirkszusammenkunft mit Zahlabend fällt aus; sie findet dafür Donnerstag den 28. Juni statt.

Distrikt 6 (Nikolaitor).

Bezirk 2. Donnerstag den 21. Juni, Abends 8 Uhr: Zahlabend und Besprechung.

Bezirk 12. Donnerstag, den 21., Abends 8 Uhr, Zusammenkunft und Zahlabend.

Distrikt 7 (Nikolaitor).

Bezirke 1 und 3. Donnerstag den 21. d. M., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Besprechung über den geplanten Ausflug.

Bezirke 5 und 14. Sonnabend, den 23. Juni, Zusammenkunft und Zahlabend im bekannten Lokale.

Distrikt 9 (Oderior).

Sonntag, den 24. Juni, Vormittags 10 Uhr, Abrechnung der Bezirksführer. Kontrollkarten sind mitzubringen.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor).

Freitag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft bei Niebekeil. Ausgleich der Volkswacht-Agitation. Abrechnung mit den Bezirksführern.

Distrikte 18 u. 19. (Innere Stadt, Ost- und Westkreis.)

Sonntag den 24. Juni: Ausflug nach Lohe. Abmarsch Vormittags 8 Uhr vom „Bär auf der Orgel", Kupferschmiedestraße 37. Zahlreichen Besuch erwarten Die Distriktsführer.

Land-Distrikt 2 (Kosel und Pilsnitz).

Jeden Donnerstag nach dem 15.: Zahlabend im bekannten Lokal.

Striegau. Wahlverein. Sonnabend, den 23. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung in der Bierquelle. Berichterstattung vom Parteitag.

Hirschberg. Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung. Sonntag, den 24. Juni, Nachmittags 3½ Uhr, in der „Andreasschenke" zu Cunnersdorf: Vortrag über die Arbeiter-Versicherungsgesetze. Zweck und Nutzen eines Gewerkschafts-Beamten für Hirschberg. Referent: Arbeiter-Sekretär Neukirch-Breslau.

Altwasser. Oeffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung am Montag, den 25. Juni, Abends 6½ Uhr, im Saale des Etablissements „Deutscher Kaiser". Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen, und wodurch kann dieselbe verbessert werden? Referent: Redakteur R. Pantick-Roslau.

Waldenburg und Umgegend. Vereinigung der Maler. Sonnabend, den 23. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthof „zum Stern".

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Radlof. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Ruba-Seife ist im Gebrauch immer noch die billigste und beste, weil reine Kernseife und bei hoher Waschkraft sparsam im Verbrauch. 1830
Alleiniger Fabrikant: Rudolph Balhorn, Breslau.
Rudolph Balhorn, Breslau.
Verkaufsstellen: I. Neue Schweidnitzerstrasse 4. II. Friedrich-Wilhelmstr. 8. III. Albrechtstr. 3 (erstes Viertel vom Ring). Fabrik: Steinstrasse.

Verspätet.
Am Sonnabend, den 16. d. Mts., früh 4½ Uhr, verschied unser langjähriger Verbandskollege
Emil Golla
im Alter von 43 Jahren, an der Proletarier-Krankheit.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm 2601
Vereinigung der Maler etc.
Filiale Breslau.

Am 19. d. M. verschied nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Stukkateur
Robert Pohl
im Alter von 48 Jahren 9 Monaten.
Sein Andenken wird in Ehren halten
Die Filiale Breslau des Zentral-Verbandes der Stukkateure Deutschlands.
Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Bockstrasse 12 aus. 2590

Wehmütige Erinnerung
am Todestage unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Zigarrenmachers
Adolf Reichelt
geb. am 4. Juni 1884, gest. am 22. Juni 1905.
Dein Todestag, Du Unvergeßlicher, kehrt wieder,
Und weckt von neuem unsern Schmerz,
Wir legen Kränze auf den Hügel nieder,
Wo Du nun ruhst, Du gutes Sohnes-Herz.
Viel gelitten hast Du hier auf Erden,
Schwer gerüttelt war Deine Lebensuhr,
Wir ahnten ja noch nicht die Scheidestunde,
Drum war so bitter uns der Trennungsschmerz. 2595
Weil Du gearbeitet hast bis zu Ende,
Nun ruhe wohl und schlafe hienieden,
Hab' tausend Dank für Deine Mühe,
Ob Du auch bist von uns geschieden,
In unsern Herzen stirbst Du nie!
Gewidmet von den trauernden Eltern.

Liebich's Etablissement.
Cabaret:
Roland von Berlin.
Neu! Neu! Neu!
Rezitator
Laurence.
Im Garten: Illmer.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Grosse internationale
Ringkampf-Konkurrenz.
Anfang präzise 8 Uhr.

SCALA.
Einz. überd. Sommer-Variété
Nikolaistrasse 27.
Ein unheimlicher Gast
die neueste Burleske mit
Willy Haase
bringt den größten Hypochonder nicht aus dem Lachen.
Dazu die brillanten
Spezialitäten.

Radrennbahn Morgenau.
Sonntag, den 24. Juni 1906, nachmittags 4 Uhr:
Verlosungs-Rennen
zweier erstklassiger Fahrräder.
Programm inkl. Los 20 Pf. im 2593
Verkehrsbüro Barasch.

Tost's Etablissement „Tivoli", Neudorfstr. 35
Sonnabend, den 23. Juni 1906:
Grosses Tanz-Kränzchen
veranstaltet vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband.
Um 11 Uhr: Große Blumen-Polonaise.
In den Pausen: Scherzhafte Ueberraschungen.
Entree im Vorverkauf: Herr und Dame 50 Pf., einzelne Dame 30 Pf., an der Kasse: Herr und Dame 60 Pf. einzelne Dame 40 Pf.
2600 Einlaß 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
Das Komitee.

Einladung
zur außerordentlichen General-Versammlung
der Vertreter der Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer der Ortskrankenkasse der Zimmergesellen zu Breslau
auf Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr
nach dem Kassenlokal, Oderstr. 3.
Tagesordnung:
Erhöhung der ordentlichen Kassenbeiträge von 3% auf 3½% des durchschnittlichen Tageslohnes.
In Anbetracht der verhältnismäßig hohen Steigerung der Beitragsleistungen ist pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter dringend erwünscht.
Der Vorstand 2599
A. Hessel, Vorsitzender. A. Adam, Schriftführer.

Achtung! Arbeiter der Nikolaivorstadt!
Das Gerücht, welches aus Konkurrenzneid gegen mich in Umlauf gesetzt, ist unwahr. Die betreffenden Worte: „Ich mache keine Kränze für Sozialdemokraten" habe ich nie gesagt. Ich werde für jedermann Kränze zur Zufriedenheit liefern und ersuche um gefällige Beachtung. 2591
A. Ziegan, früher M. Blaschke, Blumengeschäft,
Friedrich-Wilhelmstr. 100.

Ohlau! Strehlen!
Das beste und angenehmste alkoholfreie Getränk
Goldblondchen,
patentamtlich geschützt Nr. 50734, ausgezeichnet mit goldenen Medaillen und Ehrenzeichen, offerieren 2602
Weiz & Lischke, Schlossbrauerei.

Dominikaner.
Täglich:
Die Original Leipziger
Dir. P. Belzer.
Anfang 7½ Uhr.
Entree 10 Pf. — Reserviert 20 Pf.

Kaffee, 1989
ff. Aroma, ¼ Pfund 25 Pf.
Getreidekorn, Liter 50 „
Brennspiritus, „ 26 „
Selter, große Flasche 6 „
Limonaden, „ „ 10 „
Goldblondchen, „ „ 9 „
Himbeersaft, v. Pfd. 40 u. 33 „
Franz Gröschel,
Leuthenstraße Nr. 60.

Billige Möbel
58, I. Ohlauerstr. 58, I.

10 tücht. Töpfer
sucht
Alb. Prätzel, Ofenbaugeschäft
Lehmdamm 5. 2596

Blocksägeschneider
für Horizontal-Gatter
gesucht.
S. Becker,
Posenerstraße 38. 2595

Ich kaufe gebr. Möbel, Hobelbänke, Werkzeug, ganze Wohnungs-Einrichtungen gegen sofortige Zahlung.
2597 Wahler, Gartenstr. 36.

Paul Mischke
5, Ring 5. [2512
Ältestes Spezialgeschäft a. Ring.
Bekannt feinste
Tafel-Butter
jetzt nur Mk. 1,10 das Pfund.
(Keine Filialen.) Postversand.
Auf Nr. 5 u. Firma achten!

Nichts
geht über einen guten Vogelgesang. Dies zu erreichen ist leicht mit meinem
Singfutter
in Paketen à 10 und 25 Pfg. Ueberall käuflich.
Daniel Hoffmann, Paulstrasse 12. 2222

Pfandleihe Münzstr. 2 C. Freundt 168
Auswärts briefl.

Auf Abzahlung!
unglaublich kleine Anzahlung.
Möbel
Anzüge
Ueberzieher usw.
Max Biermann
Ring 51, I. Et.
neben der Stockgasse.

Jugend-Bibliothek.
Belehrende Aufsätze für die Kinder freidenkender Eltern.
Preis 25 Pfg.
Zu beziehen durch unsere Expedition und Kolporteure.

Beilage zu Nr. 142 der „Volkswacht“.

Freitag, den 22. Juni 1906.

Aus Rußland.

Der Kampf zwischen Regierung und Duma.

Aus Petersburg, den 16. Juni, wird geschrieben: General Pawlow, der Hauptmilitäranwalt, erhielt vor ein paar Wochen vom Kriegsminister den Befehl, die Hinrichtungen in Riga vorläufig nicht zu gestatten. Aber das war am Nachmittag, das Wetter war schön, in der Kanzlei langweilte man sich furchtbar und General Pawlow sah keinen Grund, wegen der wilden Interpellation einer hysterischen Duma sich auch nur eine Stunde dem ruhigen Genuß seiner Sommerwohnung draußen, weit vom Staub und von der Hitze der Stadt, zu entziehen. So fuhr er heim und trug mit sich den Befehl seines Chefs. Und während er sich im Grünen angenehm ausruhte, wurden in Riga die acht Verurteilten erschossen — sie hätten eigentlich gehängt werden sollen, aber in Riga ist es jetzt unmöglich, einen Henker zu finden. Später, nachdem er sich gründlich ausgeruht hatte, schickte General Pawlow den Befehl nach seinem Bestimmungsort, aber die verspäteten Befehle eines Ministers bringen nicht die Toten zum Leben zurück.

Letzten Montag kam General Pawlow mit seinem Adjutanten in die Duma und bat den Vorsitzenden um's Wort. Aber die Duma war mit der Bestimmung ihrer Geschäftsordnung beschäftigt und konnte ihre Arbeit nicht unterbrechen. Dienstag ist Pawlow nicht erschienen. Aber am Donnerstag Nachmittag, gleich nach der Eröffnung der Sitzung, bemerkte man in der Tür die lange, hagere Figur des Militäranwalts. Er nahm seinen Platz hinter dem Vorsitzenden, wo er gegen die Blicke der Abgeordneten geschützt ruhig warten konnte. Er mußte lange warten, denn die Duma besprach zuerst den interessanten Fall des Abgeordneten Uljanow, der, als Redakteur der Zeitung „Narodny [illegible]“, zu gerichtlicher Verantwortung gezogen worden war. Der Staatsanwalt vom Justizpalast hatte von der Einleitung des Prozesses der Duma eine Mitteilung gemacht, offenbar in der Erwartung, daß die Duma Uljanow zeitweise von ihren Sitzungen entfernen würde. Aber wegen eines Zeitungsartikels war die Duma garnicht geneigt, einen Abgeordneten auszuliefern, und die Mitteilung des Staatsanwaltes gab eine ausgezeichnete Gelegenheit, den lange aufgehäuften Groll gegen die bedrückenden Preßgesetze auszudrücken. Die Duma beschloß, Uljanow einfach nicht dem Gericht zu übergeben.

Dann kam endlich die Reihe an den General Pawlow. Er sollte auf die Interpellationen der Duma wegen der Hinrichtung und wegen des neuesten Todesurteils in Riga, sowie wegen des Sewastopol-Prozesses im Namen des Kriegsministers Antwort geben. Ruhig und unbewegt, mit einer beinahe verachtungsvollen Miene erklärte er, daß alles nach Gesetz geschehen sei und daß die Regierung, bevor die Gesetze geändert seien, nicht anders handeln könne, wie sie gehandelt habe. Die Abgeordneten horchten beinahe atemlos und am Schluß der kurzen Rede herrschte im Saal eine Minute lange Todesstille. Dann rief eine Stimme von oben: „Mörder! Henker!“ Andere Stimmen wiederholten den Schrei, der den Militäranwalt bis zur Türe begleitete. Die Atmosphäre war elektrisch vor Zorn.

Dann begann die Kritik. Die Juristen Kusmin-Karawajew und Lednitzky bewiesen, daß gerade eine feine Abweichung vom Gesetz vorliege; der Priester Afanasiew erklärte, die Regierung habe auf sich den Fluch Kains gezogen. Der Bauerndeputierte Aladin erzählte von verschiedenen Verschwörungen gegen das Gesetz, die unter dem Schutz des Kriegsministeriums vor sich gehen, und zuletzt wurde beschlossen, über die Antwort Pawlows die Entrüstung der Duma auszudrücken und damit zur Tagesordnung überzugehen.

Das war am Donnerstag. Gestern kamen die Bjelostoker Judenkrawalle zur Besprechung und noch einmal hatte die Duma Gelegenheit, vor den Augen des ganzen Landes die Sünden des Bureaukratentums zu enthüllen. Der Jude Lewin, der polnische Bauer Shukowski aus dem Bialystoker Bezirk, der polnische Rechtsanwalt Doniatowski, der russische Rechtsgelehrte Kowalewski, die Bauerndeputierten Anikin und Aladin waren alle einig in ihrer Verurteilung der Versuche der Polizei, das russische Volk gegen die Juden zu hetzen. Kowalewski drückte die Stimmung der Duma in den Worten aus: „Wir sind alle Brüder, wir kennen keine Unterschiede an Nationalität, wir wollen alle für einander stehen.“ Die Kommission zur Untersuchung der Verbrechen von Beamten ist beauftragt worden, einige von ihren Mitgliedern an den Ort der Ereignisse zu schicken, um dort eine Untersuchung vorzunehmen.

So setzt sich der Kampf zwischen Regierung und Duma fort und mit jedem Tage wird er ernster. Die Regierung hat jetzt beschlossen, sitzen zu bleiben und auf keine Kompromisse einzugehen. Das bedeutet nichts Anderes, als die reinste Reaktion, und die Judenkrawalle in Bielistok sind nur ein Symptom der Stimmung in höheren Sphären. Es scheint jetzt, als ob die Regierung wünscht, eine neue rein revolutionäre Bewegung hervorzurufen, sie will all die revolutionären Elemente im Lande, die in der letzten Zeit im dunklen gearbeitet haben, auf die Oberfläche herauslocken, um einen Vorwand zu bekommen, die Duma ohne weiteres aufzulösen. Aber schon ist es der Duma gelungen, eine sehr fruchtbare politische Propaganda im ganzen Lande zu betreiben, die Bauernbevölkerung hat im Laufe des Monats mehr Politik gelernt, als früher in ganzen Jahrzehnten, und sie ist jetzt voll Eifer für die Duma. Ein gewaltsames Vorgehen gegen die Duma würde nur den Ausbruch ernster Unruhen unter den Bauern heraufbeschwören, aber das scheint die Regierung in ihrer Verblendung nicht mehr zu fürchten.

Antisemitische Hetzen.

In einem Bericht der Alliance Israélite erzählt über den Anfang der blutigen Vorgänge in Bialystok ein Augenzeuge folgendes:

Am 14. Juni befand ich mich auf der Straße, als die orthodoxe Prozession vorbeizog. Die große Menge wollte mit ihren Bildern und Fahnen ungestört vorüber. Ich setzte meinen Weg in der Richtung der katholischen Kirche fort. Dort war die katholische Prozession versammelt. Sie begann sich zu formieren — ich war bereits eine Strecke voraus — als ich plötzlich ein Knattern hörte und gleich darauf bemerkte, wie das Volk in größter Aufregung die Straße Niemetkaja hinabeilte. Ich flüchtete auf Umwegen in mein Haus an der Alexanderstraße, einer der vornehmsten, ruhigsten Straßen. Durch diese Straße zog nunmehr die orthodoxe Prozession, die ebenfalls bald in vollkommene Auflösung geriet. Aus dem Hause Makowski soll ein vierzehnjähriger jüdischer Knabe auf die Menge geschossen haben. Es verbreitete sich das Gerücht, die Juden hätten die Heiligenbilder angegriffen. Sofort warfen sich kleine Banden auf die anliegenden Häuser und demolierten sie. In und vor dem Hause Makowski fand man die Leichname von 10 bis 12 erschlagenen Juden. Auch die angrenzende Apotheke wurde mit zerstört und der christliche Apotheker samt seinen Angehörigen umgebracht. Man glaubte wohl, daß dort Bomben fabriziert wurden.

Es kam nun zur Plünderung der Läden und Wohnungen von Juden, ohne daß die Polizei einschritt. Am furchtbarsten war das Schießen in der Nacht zum Sonnabend. Das Militär war bemüht, sich des Hauptquartiers der jüdischen Schutz- und Kampfgruppen zu bemächtigen (Surasch- und angrenzende Straßen), wagte sich jedoch nicht in die Straßen hinein, sondern beschoß aus der Ferne ganze Häuserblocks. In einem anderen Bericht wird erzählt, daß die Polizei sogenannte Kanonenschläge geworfen habe, um Schrecken und Verwirrung zu stiften und dem Militär Anlaß zum Eingreifen zu geben. Eine Depesche von heute Vormittag besagt, daß die Stadt ruhig ist und die Geschäfte wieder geöffnet sind.

In einem Pariser Bericht der „Russ. Korr.“, der von einem dort lebenden Mitglied der politischen russischen Organisation herrührt, wird auseinandergesetzt, daß die politische Polizei nach allen Seiten antisemitische Agitatoren ausgesandt habe, die zugleich einen Feldzug gegen die Duma führen sollen, so daß überall die Juden zu fliehen beginnen.

Die Greuel von Bialystok.

Einer der nach Bialystok entsandten Dumaabgeordneten, Jakobsohn, telegraphierte an den Abgeordneten Winawer: die Bialystoker Stadtverordnetenversammlung habe einstimmig die Abwesenheit jeglichen Nationalhasses in der Stadt, das Vorliegen einer Provokation beim Beginn der Metzeleien sowie die Mitwirkung von Polizei und Militär beim Morden und Plündern konstatiert. Alle Nachrichten über Beschießung verschiedener Häuser durch Revolutionäre und Juden sowie über den angeblichen Ueberfall der Juden auf die Christen seien erlogen.

Aus Bialystok wird ferner gemeldet, daß einer der Mörder des dortigen Polizeimeisters Derkatschew, dessen Ermordung den Juden in die Schuhe geschoben wurde, in Bielsk ergriffen wurde. Er ist ein gewesener Polizist.

Der Bahnerstreik in Sicht.

Aus Petersburg wird berichtet: Das Verkehrsministerium trifft Vorbeugungsmaßregeln zur Verhütung des Ausbruches eines allgemeinen Bahnstreiks, dessen Anfänge in der Luft schweben. Unter den Eisenbahnern tritt eine gewisse Erregung und Unzufriedenheit zu Tage, weil die Regierung keins ihrer Versprechen gehalten hat. Die Regierung hält für den Fall des Ausbruches eines Bahnstreiks in Petersburg und Moskau mehrere Panzerzüge bereit. Sie hat seit gestern auf allen Strecken des Petersburger Bahnknotens kleine Abteilungen von Gardetruppen postiert, welche beim Ausbruch des Streiks sofort rücksichtslos vorzugehen haben.

* * *

Erschossener Polizeispitzel. Wie dem „Berl. Tageblatt“ aus Sosnowice berichtet wird, erschossen dortige Sozialisten einen früheren Parteigenossen Krudschowski, welcher nach Unterschlagung von Parteigeldern in Warschau Polizeispitzel geworden war.

Arbeiterbewegung.

Ueber die Gründung eines neuen deutschen Metallarbeiterverbandes erhalten wir folgenden Bericht aus Berlin:

Hg. Zur Gründung eines neuen „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes“ mit dem Sitz in Berlin war auf Sonntag Vormittag nach Kellers großen Saal in der Koppenstraße eine Metallarbeiterversammlung einberufen. Zur Begründung des merkwürdigen Beginnens, den größten deutschen Arbeiterverein zu zersplittern, ein Schritt, vor dem der „Vorwärts“ gestern noch dringend gewarnt hatte, führte Wiesenthal, der frühere Vertrauensmann der Berliner Rohrleger und zweite Berliner Ortsbevollmächtigte im Metallarbeiterverbande (Sitz Stuttgart), vor den erschienenen etwa 800 Mitgliedern des neuen Verbandes aus: Im Metallarbeiterverbande hätten die Rohrleger keine Aussicht, zu ihrem Rechte zu gelangen. Ihn selbst habe man ohne Beweisaufnahme einfach durch Vorstandsbeschluß aus dem Verbande ausgeschlossen. Jetzt habe die Ortsverwaltung Berlin ihren Mitgliedern sogar den Besuch seines Lokales verboten, und Ausschlußanträge gegen ihn würden in allen möglichen sozialdemokratischen Wahlvereinen gestellt. Zur Antwort habe ihn die Vertrauensmännerkörperschaft seines Wahlkreises einstimmig zum Delegierten für die Generalversammlung von Groß-Berlin gewählt. (Bravo!) Dem Ausschlußverfahren gegen sich sehe er mit dem größten Vergnügen entgegen. Vor diesem Gericht werde endlich einmal Gelegenheit sein, ohne den Unternehmern Waffen zu liefern, nachzuweisen, daß in der Ortsverwaltung Berlin des Metallarbeiterverbandes Verbrecher und Dummköpfe säßen. Die „Mannheimer Volksstimme“ und ebenso andere Partei- und Gewerkschaftsblätter hätten geschrieben, daß die Zersplitterer der Metallarbeiterorganisation Verrätern an der Arbeitersache gleich zu achten seien. (Zurufe: Pfui! Nichts zu machen!) Die Vorwürfe der Zersplitterung und des Arbeiterverrats fielen auf die zurück, die in ihrer Großmannssucht und ihrem Machtdünkel alles zu Sklaven herabdrücken wollen, was ihnen Beitrag zahlt.

Der neue Verband werde zielbewußt auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung arbeiten. Sobald der Bruch endgültig vollzogen sei, so werde auch der Raum des „Vorwärts“ nach den Regeln der Preßfreiheit der neuen Organisation zur Verfügung stehen. Unternehmerblätter, wie die „Post“, wüßten auch schon, daß der Berliner Verband ihnen das Leben so schwer machen werde, wie der alte Stuttgarter und beschmissen deshalb beide mit dem gleichen Dreck. (Heiterkeit.) Auch die „Metallarbeiterzeitung“ werde ja nach vollzogener Konstituierung noch manche Dreckkübel über den neuen Verband leeren. Aber dieses Schimpfen zeige nur, wie schwach die Stellung der konfusen Stuttgarter Herren sei. Unbeirrt werde der neue Verband gegen die Rechtlosmachung ganzer Branchen, gegen die verkehrte Streiktaktik des Metallarbeiterverbandes und die Diktatur der Ortsverwaltung kämpfen. Die Schlacht um die Prinzipien sei entbrannt. Auch die Entfernung Cohens, des ersten Berliner Bevollmächtigten, könne den Frieden schwerlich wieder herstellen. Heute noch müßten der Verband und sein Vertretungsorgan geschaffen werden, damit der Verband sich nicht mehr brauche hauen zu lassen, ohne zu antworten. Der Metallarbeiterverband nehme nur jetzt den Mund so voll, — wie zu Beginn aller seiner Kämpfe mit den Unternehmern. Und nachher konnte er seine Leute nicht jämmerlich genug um Wiederaufnahme in die Arbeitsstelle betteln schicken. Darum sei der neue Verband eine Notwendigkeit. Und schon morgen werde er seine Agitation in alle Großbetriebe und in die ganze Provinz tragen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wurden nach längerer Debatte über Einzelheiten die neuen Statuten angenommen. Sie unterscheiden sich von den Statuten des alten Verbandes nur durch Einschränkung der Rechte der Ortsverwaltung, insbesondere der Beamten, durch sorgfältigere Regelung des Ausschlußverfahrens und teilweise anderer Normierung der Unterstützungssätze. Ein Antrag zweier Werkstätten auf Beseitigung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, um aus dem Verbande eine reine Kampforganisation zu machen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Bei Riesenstreiks oder Massenaussperrungen soll der Vorstand an die Unterstützungssätze nicht

Aus aller Welt.

Ueber das schreckliche Bauunglück in Hamburg, von dem wir gestern Mitteilung machten, berichtet das Hamburger „Echo“ folgendes:

Ein schweres Bauunglück, bei dem sechs Menschen das Leben verloren und vier schwere Verletzungen erlitten, ereignete sich in einem Neubau an der Eiffestraße Nr. 60—69. Auf dem genannten Grundstück werden im Auftrage der Firma Otto Neumann zwei große Bauten aufgeführt, vorn an der Straße ein fünfstöckiges Wohnhaus, hinten, durch einen Hof getrennt, ein gleich hohes Fabrikgebäude. An letzterem Gebäude sind die äußeren Mauern aus Ziegelsteinen hergestellt. Innen sind die Decken von Beton gefertigt und ruhen auf Pfeilern von gleichem Material. Diese Arbeiten sind von der Firma Walz u. Frahbäg, ausgeführt. Die Betondecke über dem fünften Stockwerk war bereits am Sonnabend vor Pfingsten fertiggestellt. Sie ruhte auf den Betonpfeilern, neben denen sich noch die hölzernen Hilfspfeiler befanden. Ein Dachstuhl war noch nicht aufgesetzt. Auf unaufgeklärte Weise geriet die obere Decke mit dem Unterbau ins Schwanken. An mehreren Stellen lösten sich große Stücke der Betondecke, stürzten zusammen und verschütteten die darunter arbeitenden Leute. Einigen Handwerkern war es gelungen, sich auf das an den Außenmauern angebrachte Gerüst zu flüchten, von dort nach unten zu gleiten und sich so zu retten. Die alarmierte Feuerwehr rückte unter Leitung des Herrn Branddirektors Westphalen, der Herren Brandinspektoren Moerke und Krüger, sowie der Brandmeister mit den Zügen 1, 5 und 6 zur Unglücksstelle. Es bedurfte großer Anstrengungen seitens der Mannschaften, um die Verletzten zu befreien und die Toten unter den Trümmern hervorzuholen. Die Toten wurden in die Leichenhalle am Lübeckertor geschafft. Die Verwundeten fanden Aufnahme im Hafenkrankenhause. Die Transporte wurden von der Sanitätskolonne ausgeführt, die gleich bei Bekanntwerden des Unglücks mit mehreren Wagen am Platze erschienen war.

Große Qualen hatte der Lehrling Becke, der Sohn des Poliers, auszustehen. Er war bis zum Becken eingeklemmt und war bei voller Besinnung, während die Feuerwehrleute an seiner Befreiung arbeiteten, was vier Stunden in Anspruch nahm. Um seine Schmerzen zu lindern, gab ihm Herr Dr. Götze eine Morphiumeinspritzung. Als man ihn endlich freigemacht hatte, starb er nach kurzer Zeit. Sein Unterleib war derart zerquetscht, daß keine Rettung mehr möglich war. Vermißt wird noch ein Italiener Bernardo Girolamo, der sich wahrscheinlich noch tief unter den Trümmern befindet. Gleich nach Becke wurde die Leiche des Freimann geborgen, der erstickt war; sein Gesicht war völlig blau. Die Leiche des Hering, der dicht neben Becke lag, mußte vorläufig liegen bleiben, da es erst nach langer Arbeit möglich war, den Körper freizulegen, ohne weiteren gefährlichen Zusammensturz hervorzurufen.

Der „Echo“-Berichterstatter schreibt noch: An dem Bau wurden durchweg unorganisierte Arbeiter, zum Teil Italiener, beschäftigt, welche die Bemühungen ihrer Kollegen von der Sektion der Zementierer, sie zum Anschluß zu bewegen, stets mit schroffem Hohn zurückwiesen. Der Lohn- und Arbeitstarif wurde nicht anerkannt; Abends waren Ueberstunden üblich. Bereits vor längerer Zeit versackte die Betondecke des zweiten Stocks; es wurde damals die Nacht und der folgende Sonntag zur Ausbesserung des Schadens verwandt. In beteiligten Arbeiterkreisen ist man, da die oberen Pfeiler total zusammengeknickt sind, der Ansicht, daß ein Konstruktionsfehler schuld an dem Unglück sei. Man wundert sich, daß die Behörde überhaupt ein derartiges Bauexperiment erlaubt hat.

Dem Vertreter der Bauarbeiterschutzkommission, Genossen Hartwig, wurde aus unbegreiflichen Gründen von den Polizeibeamten nicht gestattet, an Ort und Stelle Ermittelungen anzustellen; dagegen hat man dem Genossen Bömelburg bereitwilligst das Betreten der Unfallstelle erlaubt, ihm auch die nötigen Mitteilungen gemacht.

Ein katholischer Pfarrer als Bilderstürmer. Die Strafkammer in Dresden verurteilte den katholischen Pfarrer Mierzweis aus Wilna, der in den königlichen Skulpturensammlungen drei Statuen beschädigte, weil er an ihrer Nacktheit Anstoß nahm, zu 200 Mark Geldstrafe.

Ja, ja, das kommt davon, wenn man „keusch“ veranlagt und erzogen ist.

Der Segen der Fürsorge-Erziehung. Berliner Blätter berichten vom 19. d. Mts.: Eine Jagd über die Dächer gab es heute Morgen gegen 9 Uhr in der Höchsten Straße. Dort hatte sich das Gerücht verbreitet, daß aus der Lichtenberger Anstalt entsprungene Fürsorge-Zöglinge sich in dem Eckhause Wein- und Höchstestraße verborgen hielten. Man rief die Polizei herbei, und eine von dieser vorgenommene Durchsuchung des Hauses führte auch zur Auffindung dreier Fürsorge-Zöglinge, die sich durch Einschlagen von Türscheiben einen Weg zum Dachboden gebahnt hatten. Bevor ihre Ergreifung gelang, entwischten sie jedoch auf das Dach, und es begann nun eine aufregende Jagd über die Dächer der Häuser Höchstestraße 10 und 9. Dort sahen sich die Burschen (!), denen ein Teil der Beamten auf den Fersen war, plötzlich durch andere ihnen entgegenkletternde abgeschnitten. Kurz entschlossen sprangen daher alle drei aus einem Fenster des zweiten Stockwerks, ohne Schaden zu nehmen, auf den weichen Rasen des Gartens hinab. Aber auch dort blitzten ihnen bereits Schutzmannshelme entgegen, und so gaben die Flüchtlinge dann das „Rennen“ auf. Sie wurden gefesselt (!) nach der Wache gebracht und von dort durch Anstaltsbeamte mittels Droschke wieder abgeholt. Eine große Menschenmenge hatte begeistert dem Schauspiel (!) zugesehen.

Hübsch klingt es gerade nicht, wenn man die Jagd auf arme „Fürsorgezöglinge“ ein begeistertes Schauspiel nennt. Charakteristisch dürfte es sein, daß der in der Lichtenberger Anstalt angestellte Pastor Seifert, der vor einigen Tagen dem in Breslau tagenden Fürsorgeerziehungskongreß präsidierte, ein begeisterter Anhänger der Prügelstrafe ist. Läßt diese Tatsache nicht tief blicken?

Der Altenbekener Tunnel. Die Wiederinbetriebnahme des Altenbekener Tunnels erfolgt am 1. Juli 1906 und beginnt mit dem Schnellzug 88. Von diesem Tage ab werden sämtliche Schnell- und Personenzüge der Strecken Altenbeken-Holzminden, Altenbeken-Herford und Altenbeken-Hameln wieder durch den Tunnel geleitet.

Ueber einen verunglückten deutschen Fischereidampfer wird aus Aberdeen gemeldet: Der deutsche Fischereidampfer „Hanseat“ von Bremerhaven ist Dienstag mit drei Mann von der Besatzung des deutschen Fischereidampfers „Nordstern“, der am letzten Freitag bei Island auf Grund geraten ist, hier eingetroffen. Der Kapitän des „Hanseat“ war, als er die gefährliche Lage des „Nordstern“ bemerkte, mit seinem Schiff herangegangen und hatte ein Boot mit vier Mann zur Hilfeleistung entsandt. Das Boot ist

gebunden sein. Nur so, führt Wiesenthal unter dem stürmischen Beifall der Versammlung aus, könne der Verband dem Unternehmertum in den entscheidenden Kämpfen, die um die Macht der Arbeiterklasse geführt werden müßten, durch eine selbständige Angriffstaktik imponieren.

Hierauf wird Wiesenthal einstimmig unter lebhaften Sympathiekundgebungen zum ersten Vorsitzenden gewählt. Als Gegenkandidat war nur Cohen unter stürmischer Heiterkeit vorgeschlagen. Nach der Wahl der übrigen Mitglieder des Hauptvorstandes wird die konstituierende Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes geschlossen.

* * *

Wir haben bereits bei der ersten Ankündigung dieser Aktion ausgeführt, daß die Rohrleger, die dem Schritt zugestimmt haben, eine sehr große Torheit begehen und über kurz oder lang zur Einsicht kommen werden. Einstweilen scheint die persönliche Verbitterung unter den leitenden Personen einen so hohen Grad erreicht zu haben, daß ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich ist. So unerquicklich die Sache auch sein mag, so wenig kann sie doch dauernd den großen Bau der Arbeiter-Organisation untergraben oder hemmen.

Der Kampf gegen den Kost- und Logiszwang wird jetzt in verstärktem Maße von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aufgenommen werden. Die Zentralkommission hat ein besonderes Korrespondenzblatt herausgegeben, dem die Aufgabe gestellt ist, den Kampf gegen die rückständigsten aller Arbeitsverhältnisse speziell zu betreiben und besonders auch die Arbeiterpresse und die gewerkschaftlichen Agitatoren zu informieren. Das energische Vorgehen gegen den Kost- und Logiszwang, der in Großstädten meist nur noch bei Bäckern und Fleischern, in kleinen Städten aber in den meisten Erwerbszweigen, namentlich in Kleinbetrieben, noch anzutreffen ist, ist unbedingt notwendig, da derselbe die Gesellen unter die Vormundschaft der Meister stellt und sie in den meisten Fällen zum Wohnen in menschenunwürdigen Gelassen und zu einer ungenügenden Kost verurteilt. Für die Aufklärungsarbeit im Interesse der Gewerkschaftsbewegung war diese rückständige Einrichtung noch immer ein Hindernis. Der Kampf dagegen ist auch dadurch erschwert, daß der Kost- und Logiszwang gerade in den Berufen oder Orten noch stark vertreten ist, wo die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen noch schwach sind.

Das neue Kampforgan gegen diese Rückständigkeit kündigt seinen Zweck und seine Aufgabe durch folgende einleitenden Sätze an:

„Der Kost- und Logiszwang zeigt seine kulturfeindlichen Seiten schon seit langen Jahren. Jedoch ist dieser Krebsschaden nie in dem Maße in die rechte Erscheinung getreten und nie ist die Kulturwidrigkeit dieses Systems auffallender in den Vordergrund gerückt, als gerade seit der Zeit, in welcher man sich entschlossen hat, eine systematische Bekämpfung und auch teilweise Abschaffung dieser mittelalterlichen Einrichtungen in die Wege zu leiten. Seit bald zwei Jahren ist aus den am meisten interessierten Gewerkschaften eine Kommission mit dem Sitz in Berlin gebildet worden, um eine energische Agitation gegen den Kost- und Logiszwang zu entfalten. Es ist auch bisher gelungen, in den beteiligten Gewerkschaften nennenswerte Erfolge zu erzielen. Durch die Herausgabe geeigneter Flugschriften, durch Gründung von Subkommissionen in den einzelnen Orten sowie durch Aufnahme von statistischen Erhebungen, welche zwar noch nicht beendet sind, war man bestrebt, den Uebelständen auf den Leib zu rücken. Jedoch gehört noch mehr dazu, um die Schädlichkeit dieser Zustände in vollstem Maße an die Oeffentlichkeit zu ziehen. Zu diesem Zwecke hat die Kommission beschlossen, eine Korrespondenz herauszugeben, die in vorliegender Nummer zum ersten Mal erscheint. Wir hoffen, dadurch die Redaktionen der Gewerkschafts- und Parteiblätter in weitgehendem Maße für die Bekämpfung und Kulturfeindlichkeit des Kost- und Logiszwanges zu interessieren. Nur durch Hervorziehung dieser Mißstände und Uebelstände an das Licht der Oeffentlichkeit kann allmählich ein Umschwung zum Besseren erfolgen; hoffen wir daher, daß unser neues Mittel, welches wir in den Dienst dieser Sache stellen, recht bald viele Freunde finden wird."

Die Eisenbahner Deutschlands hielten kürzlich ihren Verbandstag ab, der sehr gut besucht war. Ort und Zeit werden geheim gehalten, um den Eisenbahnverwaltungen die Gelegenheit zum Maßregeln der Leute zu nehmen. Die Stimmung auf dem Verbandstag war äußerst zuversichtlich, was den guten Grund im Fortschritt der Organisation hat.

Beim Punkte: Ausbau der Organisation, wurde über den Holzarbeiter- und über den Metallarbeiterverband sehr geklagt, weil diese dem Eisenbahnerverband das Organisierungsgebiet beschränken wollten. Beschlossen wurde zu diesem Punkte unter anderem, die Vereinigung des Verbandes der süddeutschen Eisenbahner mit dem Verbande der Eisenbahner Deutschlands sowie die Verschmelzung der beiden Verbandsorgane tunlichst zu beschleunigen. Auch wurde dem süddeutschen Verbande das Recht eingeräumt, sein Agitationsgebiet auf Hessen auszudehnen.

Begeistert wurde das Programm aufgenommen, die Vereinigung aller dem Verkehrswesen dienenden Organisationen, wie Eisenbahner, Seeleute, Hafenarbeiter und Transportarbeiter, in eine gewaltige Organisation herbeizuführen. Keine Spur von engherzigem Kastengeiste war da zu bemerken; alle Delegierten zeigten sich durchaus auf der Höhe. Um diesem Ziele möglichst ungestört durch eifersüchtige Grenzstreitigkeiten zustreben zu können, wurde zunächst der mit dem Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter abgeschlossene Kartellvertrag gutgeheißen. Sodann wurde eine Resolution angenommen, die im Prinzip anerkennt, daß die Eisenbahner ihren Berufsorganisationen zuzuführen sind, daß der Zeitpunkt hierfür noch nicht gekommen ist, daß aber der Verband der Eisenbahner den Wunsch hat, einzelnen wie mit dem Verbande der Handels- und Transportarbeiter, so auch mit den übrigen in Betracht kommenden Verbänden Kartellverträge abzuschließen.

Der Beitrag wurde von 25 Pfennig auf 30 Pfennig wöchentlich erhöht. Die Delegiertenmarke kommt in Wegfall. Den Ortsgruppen bleiben 25 statt seither 20 Prozent der Beiträge. Der Antrag auf Umwandlung der Maßregelungs- in Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt. Die Maßregelungsunterstützung wurde auf 12 Mark festgesetzt. Der Ertrafonds für Gemaßregelte bleibt daneben bestehen. Alle anderen materiellen Anträge wurden, soweit sie auf das Unterstützungswesen Bezug haben, abgelehnt.

In den weiteren Verhandlungen mit den Zentralvorständen und der Generalkommission wegen der Grenzstreitigkeiten und Abschluß von Kartellverträgen wurde dem Vorstande eine Kommission von fünf Vertretern aus verschiedenen Ortsgruppen beigegeben. Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, der dem Vorstande das Recht gibt, je nach Bedarf und Möglichkeit besoldete Beamte anzustellen. Die Wahl der Beamten ergab die Wiederwahl aller seitherigen Funktionäre. Die Entschädigungen des Vorsitzenden und des Kassierers wurden um 5 Mark monatlich, die Vergütung des Redakteurs ebenfalls um 5 Mark pro Nummer erhöht. In Rücksicht auf die vorgerückte Zeit wurde auf den Bericht über den letzten Gewerkschaftskongreß verzichtet. Zum Delegierten für den nächsten Gewerkschaftskongreß wurde wieder Kollege Wirth, zum Delegierten für den internationalen Transportarbeiterkongreß der Vorsitzende Jochade gewählt.

Noch ist von besonderer Wichtigkeit, daß mehrere Eisenbahnverwaltungen es wagten, an Konsumvereine das Ansinnen zu stellen, bei Gleisanschlüssen vertraglich anzuerkennen, daß gemaßregelte Eisenbahner nicht eingestellt werden dürfen. Und das schlimmste dabei ist, daß einige namhaft gemachte Konsumvereine diese Klausel eingegangen sind. Ein scharfer Protest an den Vorstand des Verbandes der Konsumvereine wurde beschlossen. Nach dreitägigen Verhandlungen hatte der Verbandstag sein Arbeitspensum erledigt.

Friede in Oberschöneweide bei Berlin. Die Aussperrung in der Niles-Werkzeugmaschinenfabrik ist nach eintägiger Dauer schon wieder beendet. Sämtliche Arbeiter des Betriebes nehmen ihre Beschäftigung wieder auf. Wir meldeten bereits, daß in einer Betriebsversammlung beschlossen wurde, wegen des einen entlassenen Arbeiters der Lichtdruckabteilung den Streik nicht fortzusetzen. Die Verhandlungen am Nachmittag führten zu einer Einigung mit der Direktion in dem Sinne, daß der angeblich gemaßregelte Arbeiter nicht wieder eingestellt werde, alle übrigen Entlassungen aber zurückgenommen werden. Eine Bezirksversammlung, die im Wilhelminenhof tagte, stimmte dem Einigungsvorschlage zu und beschloß, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Zur Buchbinder-Aussperrung. Immer verzweifeltere Anstrengungen machen die Terroristen der Buchbinderei-Unternehmer in Leipzig, Arbeitswillige zu ködern und die Ausständigen niederzuzwingen. Jetzt wird die Oeffentlichkeit durch ein Plakat in Erstaunen gesetzt, worauf eine sogenannte Rechtsbelehrung über die „ungesetzliche Unterstützungsauszahlung an die Streikenden" der staunenden Mitwelt verkündet wird.

Ein drastischer Beweis dafür, wie die Unternehmer in der Tinte sitzen, ist folgende Notiz der „Post": „Wegen des Streiks in den Leipziger Buchbindereien wird in den nächsten Wochen die Ausgabe der „Sonntags-Zeitung für Deutschlands Frauen" nicht rechtzeitig erfolgen können. . . . Postamt 10 . . ."

Erkämpfung des Zehnstundentages. Die Textilarbeiter in Leipzig sind, mehreren Blättern zufolge, in eine neue Bewegung für den Zehnstundentag eingetreten. Sie fordern von den Unternehmern die im vorigen Herbst zugesagte Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde.

Der Streik der Friseure in Dresden ist beendet. Die Gehilfen haben einen Tarifvertrag, Verkürzung der Arbeitszeit und paritätischen Arbeitsnachweis erlangt.

In der Klage der Hamburg-Amerikalinie gegen 142 Scheuerleute auf 12.000 Mk. Entschädigung wegen Kontraktbruches am 1. Mai wurde am 20. d. M. in 3½stündiger Verhandlung vor dem Gewerbegericht in Hamburg durch Vernehmung eines Stauers und seiner drei Gehilfen Beweis darüber geführt, ob die Beklagten annehmen konnten, daß es ihnen freistehe am 1. Mai zu feiern, oder ob es ihnen bewußt war, daß sie durch Verweigerung der Mitarbeit kontraktbrüchig seien. Zunächst soll ein etwaiger Kontraktbruch durch ein Zwischenurteil und in späteren Terminen die eventuelle Höhe der Entschädigung festgestellt werden. Nächsten Mittwoch soll ein Beschluß verkündet werden.

Abwanderung von Bergleuten. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nehmen, nach Mitteilung rheinischer Blätter, zahlreiche Bergleute die Abkehr, um nach Courrieres zu gehen, wo ihnen 8 Franks Tagelohn und freie Reise geboten wird.

Bei der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik in Kaiserslautern wurden 130 Arbeiter ausgesperrt, weil sie statt um 6 Uhr erst um 7 Uhr zur Arbeit kamen.

Streikbeendigung in Columbus (Ohio). Nachdem der Betrieb in den Bergwerken zwei Monate geruht hat, ist es nunmehr zu einer Verständigung zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern gekommen. 35,000 Bergarbeiter haben von der Arbeitervereinigung die Weisung erhalten, die Arbeit wieder aufzunehmen.

---

aber umgeschlagen und die Besatzung ertrunken. Dasselbe Schicksal dürfte die acht Mann betroffen haben, die an Bord des „Nordstern" zurückgelassen worden sind.

Einen Steckbrief hinter einem Vierzehnjährigen hat die Staatsanwaltschaft in Elbing erlassen. Es handelt sich um den Schulknaben Emil Madsack, der kürzlich von der Strafkammer zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wurde, der Verbüßung dieser Strafe sich aber durch die Flucht entzogen hatte. Madsack war der Anführer einer jugendlichen Diebesbande, die in Elbing eine Reihe von Ladendiebstählen verübt hat.

Ein trauriges Gesetz, das zuläßt, einen Jungen auf sieben Monate einzusperren.

Vom Blitz erschlagen wurden in Skopven bei Rhein die beiden Knaben August und Hermann Jedamus im Alter von 11 und 13 Jahren, die auf dem Felde das Vieh hüteten. Die Knaben suchten während des Gewitters in einem Graben Schutz.

Die gräfliche Trescherei nimmt kein Ende. Als Graf Pückler in einer Versammlung in Berlin am Dienstag Abend gleich zu Beginn seiner Rede den Minister von Bethmann-Hollweg angriff, weil dieser eine jüdische Abordnung empfangen hatte, die über die Russen-Ausweisungen vorstellig geworden war, und hieran aufreizende Bemerkungen knüpfte, löste der Beamte die Versammlung kurzerhand auf. Da sich in der Versammlung eine heftige Opposition gegen die Auflösung erhob, drangen von zwei Seiten Schutzleute in den Saal ein, der sich hierauf langsam leerte. Die Kasse war vorher von den Veranstaltern in Sicherheit gebracht worden.

Die Opfer von Courrieres. Aus Lens wird gemeldet: Aus den Gruben Nr. 2 und 4 in Courrieres sind neuerdings noch 23 Leichen zutage gefördert worden. Bis jetzt sind im ganzen 890 Leichen geborgen, während sich noch 197 in den Gruben befinden.

Ein scharfer Schuß in das Landgericht. In das Anwaltszimmer des Landgerichts zu Dessau wurde ein Schuß abgegeben. Die Kugel fuhr zwischen den Rechtsanwälten Heine-Berlin und Rudolf durch ein offenes Fenster in die Wand. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Eheleben. In Castrop bei Dortmund erschoß der Bergmann Nahemann infolge eines häuslichen Zwistes seine Frau. Nahemann flüchtete dann, wurde aber eingefangen.

Drei Knaben ertrunken. Beim Baden in einer mit Wasser gefüllten Lehmgrube in Hof sind drei Knaben im Alter von 9 bis 12 Jahren ertrunken.

Arbeiterrisiko. Bei dem Einsturz eines Neubaues in Oran wurden 35 Arbeiter verschüttet. 16 wurden bisher aus den Trümmern hervorgeholt, davon sind 15 schwer verletzt und einer tot.

Bärenjagd. In der Nacht zum Sonntag hat in der Keilstraße zu Halle a. S. ein starker Bär nicht geringen Schrecken unter den Straßenjungern angerichtet. Schaden hat er jedoch niemandem zugefügt. Alle Versuche, das Tier einzufangen, erwiesen sich als vergeblich, weshalb dieses auf Anordnung der Polizei erschossen wurde. Der Bär, der einer umherziehenden Bärenführertruppe gehören soll, war ohne Maulkorb und hatte nur ein schwaches Halsband um, an dem sich eine Kette befand.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Juni.

Russenausweisungen und kein Ende.

Schon wieder hat die bürgerliche Presse darüber bitter zu klagen, daß in Breslau nicht einmal ihre Klassengenossen russischer Nationalität vor der Ausweisung sicher sind. Ohne daß im geringsten ein Anlaß vorliege, wird im preußischen Polizeistaate und vor allem in Breslau, diese Gastfreundschaft geübt. So weiß das Berliner Tageblatt zu melden, daß einem hiesigen großen Getreidegeschäft, das seiner regen Geschäftsverbindungen mit dem Zarenreiche wegen sich einen russischen Korrespondenten halten muß, bereits vor drei Monaten ein solcher durch den Ausweisungsbefehl genommen worden ist, und daß auch sein Nachfolger nunmehr der Ausweisung verfallen ist, obwohl er „jeder politischen Tätigkeit fernsteht und als Kaufmann in fester Stellung auch hinsichtlich seiner materiellen Lage völlig einwandfrei ist". Auch der „Breslauer Morgenztg." ist wieder ein Fall von einer völlig unbegründeten Ausweisung eines russischen Kaufmanns bekannt geworden.

Nur weiter so! Der Lohn wird nicht ausbleiben. Wenn durch die Kraft der russischen Revolutionäre dort erst einmal geordnete Zustände eingetreten sein werden und damit die Grundlage für einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen sein wird, dann wird man sich drüben auch der jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle genossenen „Gastfreundschaft" erinnern, und sie werden daraus ihre Konsequenzen ziehen. Wir sehen die Zeit noch einmal kommen, wo man den Besuch unserer russischen Nachbarn herbeisehnen wird, dann aber werden diese uns fern bleiben, und andere Nationen werden an dem wirtschaftlichen Aufschwunge Rußlands teilnehmen.

---

* **Noch einmal die Holzarbeiteraussperrung.** Die seiner Zeit von den ausgesperrten Tischlern und Stellmachern der Linke'schen Wagggonfabrik gewählte Kommission ersucht uns, die Mitteilung in Nr. 135 bezw. 137 unseres Blattes, daß die Wiedereinstellung nicht ohne Schwierigkeiten und neue Differenzen vor sich gegangen sei, dahin richtig zu stellen, daß

1. die Direktion von vornherein erklärt habe, Maßregelungen fänden nicht statt;
2. daß solche auch bis heute nicht zu verzeichnen seien; und
3. daß der „Irrtum des Meisters", von dem damals die Rede war, auf ein Mißverständnis der betreffenden Kollegen zurückzuführen sei.

Nach den uns neuerdings gewordenen Informationen hat die Kommission den Eindruck gehabt, daß es von Anfang der neu aufgenommenen Beziehungen an die feste, ehrliche Absicht des Generaldirektors Glasenap gewesen sei, keine Maßregelungen zu gestatten, und daß die Aeußerung des betreffenden Meisters, die zur Verweigerung der Wiederaufnahme der Arbeit durch 100 Holzarbeiter führte, so zu verstehen gewesen sei, daß er einige Leute im Augenblicke nur deshalb nicht einstellen könne, weil er für sie erst Platz schaffen müsse.

Gegen die Errichtung einer Unfallberufsgenossenschaft für Handelsdetailgeschäfte wendet sich der Vorstand der Lagereiberufsgenossenschaft. Gegenwärtig gehören bekanntlich die Detailgeschäfte ebenso wie die Großgeschäfte, sofern sie nur mit gewissen Lagerungs- und Beförderungsarbeiten verbunden und im Handelsregister eingetragen sind zur Lagereiberufsgenossenschaft. Mit Recht weist der Vorstand auf die Schwierigkeiten hin, die sich einer scharfumschriebenen Trennung der beiden Arten von Handelsgeschäften in den Weg stellen würden, während nach dem gegenwärtigen Stande unserer Unfallgesetzgebung andrerseits die Schwierigkeiten, die sich bei der Scheidung von versicherungspflichtiger und nichtversicherungspflichtiger Verkaufs- und Kontortätigkeit ergeben, durch eine besondere Detailgeschäfts-Berufsgenossenschaft nicht aus der Welt geschafft würden. Dazu kommt aber noch, daß durch Errichtung einer besonderen Berufsgenossenschaft die Verwaltungskosten nur erhöht werden würden.

Will man mit dem Zustande, daß zur Zeit eine große Zahl von Detailgeschäften nicht zu den versicherungspflichtigen Betrieben gehört, brechen, dann muß eben das Gesetz, so weit es den Umfang der Versicherungspflicht festlegt geändert werden. So sehr wir eine solche Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen nur begrüßen könnten, so wenig Aussicht auf Verwirklichung scheint sie uns indes bei der Zusammensetzung unseres Reichstages zu besitzen. Das kann aber noch lange nicht Veranlassung sein, der Gründung einer neuen Berufsgenossenschaft das Wort zu reden, die den beabsichtigten Zweck doch nicht erfüllen würde.

* **Eine Volksversammlung für Gräbschen und die benachbarten Ortschaften** ist für Sonntag, den 24. Juni, Vormittags 11 Uhr geplant, und zwar soll dieselbe im Saale von Franz Nurr in Gräbschen stattfinden. Als Referent ist Genosse Radlof bestimmt, der über die Frage, warum der Arbeiter auch politisch organisiert sein muß, sprechen wird. Alle Arbeiter der in Frage kommenden Ortschaften werden ersucht, zu erscheinen und möglichst auch ihre Frauen zu der Versammlung mitzubringen.

* **Arbeiter-Vertreter.** Freitag den 22. d. Mts., Abends 8 Uhr, findet im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine Versammlung statt, in der Kollege Weisse über den ersten Teil des Invaliden-Versicherungs-Gesetzes sprechen wird. Ferner sollen Erfahrungen aus der Rechtsprechung ausgetauscht werden. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht jeden Arbeitervertreters.

Im Zeichen des Verkehrs. Die Privatpostanstalten, die eine so wirksame Ergänzung unseres Reichspostbetriebes waren und ihrer Billigkeit wegen sich allgemeiner Beliebtheit erfreuten, sind längst den Weg alles Irdischen gegangen. Nun soll auch das Aequivalent, das dem Verkehr damals für die Beseitigung des billigen Privat-Ortspostverkehrs gegeben wurde, die Zweipfennigkarte verschwinden. Der Reichstag hat bekanntlich auf Veranlassung des verkehrsfeindlichen Zentrums in Verbindung mit den Konservativen in einer Resolution den Reichskanzler aufgefordert, auch im Ortsverkehr nur die Fünfpfennigkarte zuzulassen. Das Reichspostamt hat natürlich mit beiden Händen zugegriffen; schon vom 1. Juli ab wird die Verteuerung des Ortsbriefverkehrs in Kraft treten, und in derselben Zeit, wo man in Frankreich eine Portoherabsetzung beschlossen hat, wird bei uns die blaue Karte verschwinden. Nur solange als solche Kartenformulare noch vorrätig sind, dürfen sie natürlich unter Hinzufügung einer Dreipfennigmarke Verwendung finden.

* **Im Kabarett „Roland von Berlin"** erfreut seit zwei Tagen der bekannte Rezitator Max Laurence das Abend für Abend zahlreiche Publikum. Wir haben bereits im Vorjahre die Leistungen dieses Künstlers gewürdigt und können nur hinzufügen, daß er diesmal noch besser gefällt, weil er in der Auswahl seiner Darbietungen glücklicher war. Die glänzende Vortragsweise, die Laurence eigen, bietet namentlich in den „Wunderkindern" von dem Ueberbrettldichter Rudolf Presber und in der „Paßrevision" von Oskar Blumenthal, worin er den Einzug der „Freiheit" nach Rußland schildert, einen ungetrübten Genuß. Viel weniger glücklich wirkt der Künstler in der Beweihräucherung des alten Fritz und des kleinen Menzel, obwohl beide Gedichte seine „Paradepferde" zu bilden scheinen. — Die übrigen Familienglieder des Kabaretts, vor allem der immer wieder stürmisch verlangte Schneider-Duncker und Lucie König warten mit zum Teil hier noch nicht gehörten Chansons von Rudolf Nelson auf, die eine geradezu ausgelassene Fröhlichkeit im Publikum auslösen.

* **Arbeitersängerbund.** Sonntag, den 24. Juni 1906, Vormittags 10 Uhr, findet die festgesetzte 6wöchentliche Probe bei Milde (Drei-Kaiser-Saal), Gräbschenerstraße, statt. Es ist im Interesse der Sache Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

* **Der 14. Bundestag deutscher Gastwirte** findet in den Tagen vom 25. bis 28. Juni hier in Breslau statt. Wir würden dem Kongreß empfehlen, sich einmal gründlich und ernsthaft mit der Versammlungs- und der Militärboykottfrage zu befassen.

* **Die außergewöhnliche Hitze**, die in den letzten Tagen bei uns eingekehrt ist, macht sich nach der Kühle, unter der wir in den vergangenen Wochen zu leiden hatten, doppelt drückend geltend. Freude daran hatte wohl nur unsere liebe Schuljugend, denn an den letzten beiden Tagen fiel der Nachmittagsunterricht ganz aus, während der Morgenunterricht eine Verkürzung um eine Stunde erfuhr.

* **Der Zirkus Busch** hat nach einer Abschieds-Vorstellung, die ihres abgekürzten Programmes wegen die Enttäuschung vieler Besucher hervorgerufen hat, noch in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch Abschied von Breslau genommen. Nicht erst am Mittwoch Vormittag, wie zunächst angekündigt war, sondern bereits kurz nach der letzten Vorstellung noch im Laufe des späten Abends wurde unter lebhaftem Interesse der Anwohner das Tiermaterial und die Requisiten nach dem Bahnhofe gebracht und verladen. Sonderzüge beförderten den Zirkus nach Hamburg, wo er für die nächsten Wochen sein Domizil aufschlagen wird.

* **Ein neues Automatenrestaurant** soll Breslau schon wieder erhalten. In dem Eckhaus Ring Nr. 10/11 und Blücherplatz (Goldenes Kreuz), den Graf Harrachschen Erben gehörig, soll, nach der „Breslauer Zeitung", in dem Eckladen ein großstädtisches, hochmodern ausgestattetes Automatenrestaurant mit Kegelbahn im Keller errichtet werden, das die Firma „Rathaus-Automat" erhalten soll.

* **Straßensperrungen.** Für Fuhrwerk und Reiter werden gesperrt: Wegen Pflasterung die Michaelisstraße zwischen Brigittenthal und Pestalozzistraße (Straße 6 des Bebauungsplanes) vom 9. Juni ab auf sechs Wochen, die Kaiserstraße zwischen Auenstraße und Hobrechtufer vom 16. Juli ab auf zehn Wochen, der Nikolaiplatz sowie die Straße entlang der Nikolaikirche einschließlich der Kreuzungen mit der Kurzgasse, Alsenstraße, Wilhelmstraße und Mittelgasse vom 18. Juni bis 5. August und der östliche Fahrdamm der Hohenzollernstraße von der Brandenburgerstraße ab in südlicher Richtung vom 18. Juni bis 8. Juli, wegen Kanalisierung die Straße „Birkenwäldchen" zwischen Park- bezw. Wardeinstraße und Tiergartenstraße vom 18. d. M. ab auf sechs Wochen.

* **Vom Eisenbahnzug überfahren.** Am Dienstag Abend gegen 10 Uhr wurde in der Nähe der Aktien-Gesellschaft vormals H. Meinecke bei Carlowitz ein Mann durch den Eisenbahnzug überfahren und getötet. Der Ueberfahrene ist ca. 1,70 Meter groß, etwa 30 Jahre alt, hat längliches Gesicht, kurzes, dunkles Haar und dunkelblonden Schnurrbart. Er ist bekleidet mit grauem Sommeranzug, grauen Strümpfen, schwarzen Schnürschuhen, weißem Hemd, ebensolchem Vorhemd und Kragen und langer, grauerüner Krawatte. Er trug bei sich eine silberne Anker-Remontoir-Uhr mit starker Nickelkette, ein Gebund Schlüssel, eine Rückfahrkarte Breslau-Trebnitz-Brausnitz 3. Klasse (gestempelt den 19. 6. 06), sowie zwei weiße Taschentücher, davon eins gezeichnet F. W. 9. Der Kopf wurde dem Manne vollständig abgetrennt. Angaben über die Personalien des Ueberfahrenen werden an den Gemeindevorsteher von Carlowitz erbeten.

* **Leichenlandung.** Am 19. d. Mts. Mittags wurde aus der alten Oder die Leiche eines etwa 50 Jahre alten Mannes gelandet.

* **Kellerbrand.** Am 19. d. Mts. Nachmittags geriet in einem Keller des Hauses Neue Tauentzienstraße Nr. 21 eine Menge Stroh in Brand, weshalb die Feuerwehr gerufen wurde.

* **Vermißt** wird seit dem 17. d. M. der Invalide Karl Klose, Moritzstraße 47.

* **Gestohlen** wurden einem auf einer Promenadenbank eingeschlafenen Tuchscherer Papiere auf den Namen Hermann Wagner, von einem Handwagen mehrere Paar Schuhe, aus einem Schuppen einem Arbeiter ein Paar Stiefel und ein Anzug.

— Gestohlen wurden ferner: aus einem Restaurant an der Kürassierstraße ein Warenautomat, einem Hausbälter von der Luisenstraße Nachts eine silberne Remontoiruhr.

* **Mit Beschlag belegt** wurde ein falsches Zweimarkstück mit dem Bildnis Kaiser Wilhelms I. und der Jahreszahl 1883.

* **Festgenommen** wurde durch die Kriminalpolizei ein Dienstmädchen, welches fortgesetzt Gelddiebstähle verübt hatte.

* **Polizeiliche Mitteilungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 19. d. Mts. 36 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein goldenes Armband, ein Damengürtel und eine kupferne Stange. — Abhanden kamen eine silberne Brosche, ein Schirm und ein goldenes Kreuz.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Die Buchbinder werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß die in der „Breslauer Morgenzeitung" für Leipzig gesuchten Buchbinder usw. zu Streikbrechern verwendet werden sollen. Die Firma Enders, die Urheberin des Inserats, hat ihre sämtlichen organisierten Arbeiter ausgesperrt. Näheres darüber in der öffentlichen Versammlung am Montag Abend im „Goldenen Zepter", Klosterstraße 47.

Aus Schlesien und Posen.

Die Verachtung der Presse.

Der „Niederschl. Anz." in Glogau berichtet:

„Gerüchte von einem Eisenbahnunglück, das sich in der Nähe von Glogau ereignet haben sollte, durchschwirrten gestern am Spätabend und heute früh die Stadt. Auf unsere sofort an maßgebender Stelle eingezogenen Erkundigungen wurde uns die Antwort, daß von einem solchen Unglück absolut nichts bekannt wäre. Diese Antwort erscheint uns um so befremdlicher, als sich gestern Abend in der Tat ein Eisenbahnunglück, wie wir von der Familie eines der Verletzten erfahren ereignet hat. Ein von Schlichtingsheim kommender Arbeitszug fuhr Abends in der achten Stunde bei Wilkau auf mehrere dort stehende Lowrys auf. Durch den starken Anprall wurden die in den Wagen sitzenden Bahnbeamten und Arbeiter von den Sitzen geschleudert; fünf Personen sollen verletzt worden sein, davon mindestens eine schwer, die mehrere Rippenbrüche davontrug. Wir meinen, es heißt die Aufgaben der Presse vollkommen verkennen, daß man ihr, wenn sie bei einem Eisenbahnunglück es versucht, bei der Eisenbahnverwaltung selbst Auskunft zu erhalten, eine Aufklärung nicht nur verweigert, sondern obendrein noch behauptet, es sei nichts vorgekommen!"

Aehnliche Klagen wurden bekanntlich bei den Zugentgleisungen bei Liegnitz und Spremberg laut. Wo es aber gilt, die „großartigen Wohlfahrtseinrichtungen" für Eisenbahner zu preisen, da weiß man die Presse sehr wohl zu finden. „Ja, Bauer, das ist auch was anderes!"

Von der Textilarbeiterbewegung.

Seit Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fröhlichschen Spinnerei in Langenbielau in einer Lohnbewegung. Wie es nun den Anschein hat, glaubt Herr Fröhlich, die Arbeiter einschüchtern zu können. Am Montag, den 11. Juni, suchten die Arbeiter um Verhandlung nach und der Erfolg war die Kündigung von zwei Kommissionsmitgliedern! Und doch halten sich die Forderungen in äußerst bescheidenen Grenzen. So wird für Arbeiterinnen unter 16 Jahren ein Tagelohn von sage und schreibe **1 Mark 10 Pfg.** verlangt; für verheiratete Frauen ein solcher von 1.20 bis 1.40 Mark; für verheiratete Männer **pro Woche 13 Mark**! Auf diese bescheidenen Forderungen wagt es Herr Fröhlich, so teilt der „Prol." mit, die Arbeiter „eine unverschämte Gesellschaft" zu nennen! Die Arbeiter, die jahrelang geduldig geschwiegen haben, sind über diese Behandlung aufs heftigste empört. Durch sein Verhalten wird es der reiche Spinnereibesitzer wahrscheinlich so weit treiben, daß es zu einem erbitterten Kampfe kommt.

Oberschlesische Polizisten.

Am 22. Juli v. J. fand im Gewerkschaftshause in Kattowitz eine Versammlung der Maurer statt, in der der Vertreter des Zentralverbandes Nowak eine Rede hielt. Darin machte er, nach der eidlichen Bekundung des Polizeiwachtmeisters Fritzowski die Aeußerung, daß die Schwientochlowitzer Polizei die Unternehmer schütze, nicht aber die Arbeiter. Das sei deutlich ersichtlich, wie der Bauunternehmer Gabriel geschützt werde. In Betreff der deutschen Zustände könnte man deshalb nicht singen: „Deutschland, Deutschland über alles", sondern „Rußland voran". Wegen dieser Aeußerung erstattete der Beamte an seine Behörde Bericht, der zufolge die Schwientochlowitzer Polizeibehörde Strafantrag stellte. Der Amtsanwalt bezeichnete die Aeußerung als eine starke Aufreizung der damals streikenden Maurer zu Gewalttätigkeiten (!) und beantragte 2 Monate Gefängnis. Der Angeklagte verteidigte sich damit, daß die Aeußerung in einem anderen Wortlaute von ihm gemacht worden sei, und berief sich auf das Zeugnis des Reichstagsabgeordneten Bömelburg. Das Gericht verurteilte N. wegen Beleidigung der Schwientochlowitzer Polizeibehörde zu 14 Tagen Gefängnis.

Der Fall entbehrt nicht des pikanten Beigeschmacks. In einem Prozeß derselben Schwientochlowitzer Polizei gegen die „Volkswacht" am 22. Mai d. J. ist durch die eidliche Vernehmung von Zeugen festgestellt worden, daß tatsächlich Polizisten die Arbeiter nicht nur nicht geschützt, sondern sogar arg mißhandelt hatten!

Erwiesen wurde dort, daß Polizisten ohne jeden Anlaß einen streikenden Maurer schwer mißhandelt hatten, erwiesen, daß ein Polizist den Nowak niemals, ohne jeden Grund, ins Genick geschlagen, erwiesen, daß ihm der Polizist die Kleidung zerrissen, erwiesen, daß er ihn nach einigen Tagen noch in der Privatwohnung zu Unrecht belästigt hat; erwiesen wurde, daß der Unternehmer Gabriel den N. dem Polizisten gegenüber mit nicht zu verkennender Absicht als „den schlimmsten" bezeichnet hatte; erwiesen wurde, daß N. von dem Polizisten derart mißhandelt worden war, daß er für kurze Zeit besinnungslos wurde! Erwiesen wurde, daß N. keinerlei Strafkaten begangen hatte, denn das Verfahren gegen ihn, veranlaßt durch die Anzeigen der Polizei, wurde eingestellt; erwiesen wurde nur nicht, daß dies Verhalten der Polizisten, wie es die „Volkswacht" genannt hatte, „unerhört" war. Deshalb die Verurteilung!

Trotzdem werden, wie die harte Verurteilung Nowaks aufs neue beweist, diese Polizisten von den Gerichten in einer Weise geschützt, die auch Nichtsozialdemokraten empörend macht. Bereits beginnen bürgerliche Blätter, das Wesen oberschlesischer Polizisten in langen Artikeln zu illustrieren. Es wird notwendig sein, gelegentlich darauf zurückzukommen.

Ein Opfer der Bureaukratie.

Der Bergbauer K. aus Konradsthal war 1903 in der Grube so schwer verunglückt, daß er dauernd arbeitsunfähig wurde. Da die Meinungen der Aerzte über die Art und Gefährlichkeit der Verletzung sehr auseinandergingen, mußte sich der erst 30 Jahre alte Mann langen Beobachtungen unterziehen. Bei einer Röntgenstrahlen-Durchleuchtung wurde Wirbelbruch konstatiert. Trotzdessen erhielt der Invalide nicht die Höchstrente von 100 Prozent des Jahreseinkommens. Erst nachdem drei Jahre vergangen und inzwischen mehrere Termine am Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und am Reichs-Versicherungsamt ausgefochten worden sind, durfte der invalide Bergmann zu seinem Rechte kommen.

Die Sozialdemokraten kommen revidieren!

Eine ergötzliche Szene trug sich vorige Woche auf einem Neubau in der Gutenbergstraße in Görlitz zu. Ein Revisionsbeamter der Unfallberufsgenossenschaft kam in den Hof eines Neubaues — auf den Bau selbst kam er nicht — und rief einem dort beschäftigten Maurer zu, daß er auf der Veranda die Türen dichter vorstellen solle, damit niemand herunterfalle. Nach dem 1. Juli kämen die Sozialdemokraten und wollten die Bauten revidieren. (Der Beamte hatte sicher den Aufruf der Bauarbeiterschutz-Kommission zur allgemeinen deutschen Bauten-Revision gelesen. D. Red.) Der Herr meinte weiter, daß die Sozialdemokraten nichts finden dürften. Er wüßte gar nicht, was die wollten; für Revisionen seien doch die Beamten da. Ehe der Maurer etwas erwidern konnte, war der Mann wieder weg. Die Maurer freuten sich köstlich, als sie diese Geschichte von der offiziellen und von der „sozialistischen" Bauten-Revision hörten.

Einen verdienten Hereinfall

erlitt der bekannte Erzbischof von Stablewski mit seinem Prozeß gegen einen Redner, der ihn beleidigt haben sollte. Kurz vor der Verhandlung telegraphierte der klagende Erzbischof an das Gericht:

„Bitte ergebenst, eine gelinde Strafe zu beantragen. Habe den Strafantrag nicht aus kleinen persönlichen Motiven gestellt, sondern um die Würde meines Amtes zu wahren."

Das Gericht tat dem strafeerflehenden Kirchenherrn aber nicht den Gefallen, sondern sprach den Redner ohne viel Federlesens frei. Ist die „Würde seines Amtes" nun gewahrt oder nicht?

Folgen der Wucherpolitik.

Die neue zollamtliche Bestimmung, daß die Einführung von Nahrungsmitteln aus Rußland und Oesterreich seitens der schlesischen Grenzbewohner nur gegen Vorzeigung einer Hausstandsbescheinigung erfolgen darf, gelangt seit dem 20. Juni ab zur strikten Durchführung. Seit diesem Tage wird denjenigen Personen, die eine solche Bescheinigung nicht vorzuweisen vermögen, das Herüberbringen von Nahrungsmitteln aus Rußland oder Oesterreich untersagt, bezw. werden sie von den Grenzbeamten an den Uebergängen hieran gehindert werden. Dazu schreibt die „Schles. Ztg.": „Die Ausstellung der bereits vielfach geforderten Hausstandsbescheinigungen, die übrigens uneingeschränkte Giltigkeitsdauer haben, erfolgt seitens der Polizei-Verwaltungen nach verschiedenen Grundsätzen. Während einzelne Polizeiverwaltungen eine Schreibgebühr von 5 bis 25 Pfg. erheben, werden die Bescheinigungen von anderen unentgeltlich verabfolgt. Auch über die Person, auf welche die Bescheinigung auszustellen ist, herrschen bei den Polizei-Verwaltungen geteilte Ansichten, und häufig werden diese auf den Namen eines die Ausstellung fordernden oder zum Einkauf von Lebensmitteln bestimmten Familienglieds geschrieben. Nach den Vorschriften soll die Bescheinigung jedoch auf den Namen des Haushaltsvorstandes lauten, dadurch sind allerdings sämtliche Mitglieder eines Haushalts mit Einschluß der Dienstboten zur Einführung von Lebensmitteln berechtigt."

Das Herüberholen billiger Lebensmittel wird durch diese Bestimmung — eine Folge der auf der Wuchergesetzvorlage aufgebauten neuen Handelsverträge — erheblich erschwert.

Eine recht bedeutungsvolle Erfindung

ist dem 25jährigen Lehrer Luczak in Ostrowo (Kreis Hohensalza) geglückt, nämlich die Dreiteilung des Winkels, eines Problems, dessen Lösung bis dahin noch keinem Menschen möglich gewesen ist. Diese Teilung vollzieht der Erfinder mit Hilfe seines neukonstruierten Zirkels, der an einem Fuße noch zwei mit Knien versehene Seitenfüße hat. Mit diesem Zirkel läßt sich nun jeder beliebige Winkel in drei Teile zerlegen. Den Zirkel hat der Erfinder in Deutschland und in noch acht anderen Kulturstaaten patentieren lassen. Eine Fabrik bot für das Patent bereits 30,000 Mark.

—y. **Brieg**, 20. Juni. Radport vom Saalboykott. Der Verlauf des letzten Sonntags war für uns ein guter; obwohl in fünf Sälen Tanzmusik war, herrschte überall trostlose Leere. Man gibt sich die erdenklichste Mühe, um nur Gäste zu erhalten — alles ohne Erfolg. So dürfen z. B. die Mädchen gratis zusammentanzen, man ermäßigt den Eintritt für Herren, um diese damit zu locken, doch alles vergebens. Auch die üblichen Raußreißer retten die Situation nicht. Im Weinberge wurden 130 Personen, 65 Mädchen, 60 Soldaten gezählt. Getanzt haben 15 bis 25 Paare. Im Goldenen Krug kam die Besucherzahl bis auf 140, darunter 90 Soldaten, 46 Mädchen, getanzt haben aber nur 3—10 Paare. Im Deutschen Haus stieg die Höchstzahl auf 90 Personen, darunter 54 Mädchen und 20 Soldaten, getanzt haben 5 bis 12 Paar. Im Wintergarten war der Besuch anfangs sehr spärlich. (8 Soldaten, 6 Mädchen, 3 Zivilisten.) Erst gegen 8 Uhr stieg die Besucherzahl auf 100 Personen (darunter 90 Soldaten, 6 Mädchen.) Getanzt haben 1 bis 4 Paare. Der Besuch flaute bald ab. Im Goldenen Anker fanden sich erst um 6 Uhr die ersten Gäste ein. Die Höchstzahl war 53 Personen, darunter 40 Soldaten und 12 Mädchen. Bald verlassen die Soldaten Brieg. Wie werden dann die Säle aussehen?

—g. **Kanth**, 20. Juni. Die Lohnbewegung der Tabakarbeiter hat für die Arbeiter den Erfolg gehabt, daß Lohnzulagen von 25 Pf. bis zu 1 Mk. pro Tausend seitens der Arbeitgeber bewilligt worden sind. Wenn dieses Resultat auch noch hinter den Erwartungen zurückbleibt, so ist doch durch den auf gütlichem Wege erzielten Erfolg die Arbeitseinstellung vermieden worden. Solidarität vermag viel; haltet fest an dem Errungenen. Nicht locker lassen!

—r. **Schweidnitz**, 21. Juni. Lohnbewegung. In der bekannten Werkzeugfabrik von Gebrüder Crotogino haben die im Holz- und Metallarbeiter-Verbande organisierten Kollegen Forderungen eingereicht. Die zehnstündige Arbeitszeit ist an Stelle der bisherigen elfstündigen Arbeitszeit bereits zuerkannt worden; betreffs der Lohnforderung ist jedoch eine Einigung noch nicht erzielt.

Hirschberg, 20. Juni. Ueber eine höchst bedeutsame Angelegenheit haben am Sonntag die Arbeiter von hier und der Umgebung zu beschließen. Es handelt sich darum, die Frage zu entscheiden, ob es nicht endlich an der Zeit sei, zwecks Förderung der gewerkschaftlichen Agitation einen Sekretär anzustellen. Ein großer Teil der organisierten Arbeiter steht auf dem Standpunkt, daß Hirschberg auch können und schaffen muß, was viel kleinere Orte auch gekonnt und geschaffen haben. Der Arbeiterbewegung im Riesengebirge würde deshalb mit der Anstellung eines Agitationsbeamten ein garnicht freudig genug zu begrüßender Dienst erwiesen werden. Referent in der Versammlung, die Sonntag Nachmittag 3½ Uhr, in der Andreasschenke in Cunnersdorf stattfindet, ist Genosse Parteisekretär Emil Renkirch aus Breslau. Die „Volkswacht"-Leser werden gebeten, für recht zahlreichen Besuch zu sorgen.

Liegnitz, 20. Juni. Ein gewissenhafter Kirchenbesucher beschwert sich in einem Liegnitzer Blatt über allerlei merkwürdige Vorkommnisse. Er schreibt da u. a.:

„Unsere Gottesdienste erfahren im Augenblick der andächtigsten Stimmung so oft, ich möchte sagen unvernünftige Störungen; wenn nämlich nach dem Segen kaum das Amen verklungen ist, da geht das Drängen nach dem Ausgange los. Rücksichtslos ganze Bankreihen überreitend, wollen die Drängler die ersten hinaus sein. Der Schlußvers gehört als Abschluß mit zum Gottesdienst, und man nehme, wenn man selbst für den gottesdienstlichen Zusammenhang kein Verständnis bekundet, wenigstens auf die anderen Kirchenbesucher Rücksicht und warte bis zum Schluß! Auf die 1½ Minuten kommt's wahrlich nicht an! Die Kirchentüren müßten nicht früher geöffnet werden!" L.

Es muß doch im höchsten Grade überraschen, daß die getadelten Kirchenbesucher zu Pferde im Gotteshause erscheinen; aber vielleicht gehört dies in den „gottesdienstlichen Zusammenhang", wie der Einsender so schön sagt. Daß man aber die berittenen Störenfriede gar einschließen möge, könnte doch wohl zu bedenklichen Situationen führen. Bisher glaubten wir übrigens, die Frommen gingen gern in die Kirche. Hier aber wird uns verraten, daß sie nicht eilig genug wieder herauskommen können und sich sogar den Schlußvers so manchen schönen Kirchenliedes scheuten. Das sind ja nette Enthüllungen.

Löwenberg, 20. Juni. Ueberall ein Kampf um Lokale! Als vor Jahren die Arbeiter einzelner Berufe in Löwenberg eine straffe disziplinierte Organisation schufen gegen die Willkür einzelner Unternehmer, hatten sie schon einen Kampf in der Lokalfrage zu führen. Infolge der kräftigen Entwickelung der Gewerkschaften und des steten Wachsens der politischen Organisation verschärfte sich der Kampf um die Säle immer mehr. Am 21. Januar wurde unseren Genossen dann ihr einziges Lokal, das Rößlersche Gasthaus, abgetrieben. Nach Aussagen des Herrn Rößler soll die Behörde ihm unter anderem mit einer früheren Polizeistunde gedroht haben, wenn er den Sozialdemokraten zur Abhaltung von Versammlungen einen Saal zur Verfügung stelle. Nun mußte sich das vor einem Jahre gegründete Gewerkschaftskartell zur hauptsächlichen Aufgabe machen, die Saalfrage zu lösen. Man wollte mit den Löwenberger Saalbesitzern eine Einigung herbeiführen. Die Verhandlungen waren leider ohne Erfolg. Zuerst wurde mit den Löwenberger Saalbesitzern einzeln Rücksprache genommen. Dieselben gaben zur Antwort, daß sie in dieser Frage nicht selbständig handeln könnten, sondern sie müßten sich nach den Beschlüssen des Gastwirtsvereins richten. Darauf wandte sich der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells mit einem Schreiben an den Vorsitzenden des Gastwirtsvereins. Ein Bescheid blieb aus, und bei der darauffolgenden Gastwirtsversammlung war (wahrscheinlich durch Zufall!) nur ein Löwenberger Saalbesitzer anwesend, somit konnte diese Angelegenheit nicht weiter zur Sprache gebracht werden. Kurze Zeit darauf wurde ein zweites Schreiben an den Gastwirtsverein abgesandt, worauf die Arbeiter die Antwort erhielten, daß die Wirte ihren Wünschen nicht entgegenkommen könnten. Nun war die Geduld der Löwenberger Arbeiterschaft zu Ende. Sie waren jetzt gezwungen, das schärfste Mittel anzuwenden. Durch Flugblätter wurde über die Lokale Schützenhaus, Reichshalle und Rößlers Gasthaus der Boykott verhängt. Trotz Aufforderung der gegnerischen Presse an die „friedliebenden" Bürger, der Arbeiterschaft zum Trotze, diese obengenannten Saalbesitzer zu unterstützen, und trotz der Mobilmachung des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins verfehlte dieses Mittel seine Wirkung nicht. Der Boykott wirkt großartig.

Neisse, 20. Juni. Der christliche Arbeitersekretär Binkowski fühlte sich durch einen im Dezember in der „Volkswacht" erschienenen Bericht beleidigt. Es war damals die Rede von einer Bäckergesellen-Versammlung, in der Binkowski als Diskussionsredner das Wort verlangte, aber nicht erhielt, da er seinen Zitatensack anderweitig auskramen könne. Binkowski war nach Schluß der Versammlung mit den Meistern kneipen gegangen und hatte bei der Gelegenheit renommiert: Erst schicke ich meine Leute, dann komme ich selbst! In dem Bericht der „Volkswacht" war nun gesagt worden, daß Binkowski von den Meistern zur Bekämpfung der Bäckerorganisation bestellt sei und daß er mit den Meistern paktiert habe. Wegen dieser „Beleidigungen" strengte Herr Binkowski Privatklage gegen unseren Redakteur, Genossen Klühs an. Im März fand der erste Termin vor dem Schöffengericht Neisse statt. Dort erhob Klühs Widerklage gegen Binkowski, weil dieser in einem Flugblatt „an die unorganisierten Arbeiter von Neisse und Umgegend" in Bezug auf die Sozialdemokraten die Behauptung aufgestellt hatte: Lüge und Verleumdung, das sind die Waffen, mit denen die Genossen hier wie überall kämpfen! Im ersten Termin beantragte der Vertreter Binkowskis Vertagung, da er sich auf die Widerklage nicht sofort äußern könne. Es hat sehr lange gedauert, bis der Herr sich äußern konnte. Schließlich führte er in einem Schriftsatz eine Reihe von Zitaten aus allen möglichen Schriften, Zeitungen

zu, die beweisen sollten, daß die Sozialdemokratie die Lüge dem Gegner gegenüber von Partei wegen predige. Als er vor Gericht diese Zitate im Original vorlegen sollte, hatte er aber nicht ein einziges, außer dem Buch Kautskys „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung." Genosse Klühs kam ihm zu Hilfe und legte sämtliche Quellen vor. Es ergab sich, daß sämtliche Zitate gefälscht und aus dem Zusammenhang gerissen waren. Das Gericht hielt nicht für erwiesen, daß Binkowski „von dem Meister bestellt" sei und verurteilte den Genossen Klühs zu 20 Mark Geldstrafe. Es hielt aber ebensowenig den Nachweis erbracht, daß die Sozialdemokratie und damit auch der Widerkläger mit Lüge und Verleumdung arbeite — aus den Zitaten gehe das Gegenteil hervor — und verurteilte Binkowski zu 10 Mark Geldstrafe. Es nahm an, daß die Flugblattbeleidigung keine öffentliche sei! Im übrigen soll Klühs zwei Drittel, Binkowski ein Drittel der Kosten tragen. Was letzterem besonders schmerzlich sein wird. Auf die Zentrums-Zitatkünste kommen wir ausführlich zurück, sobald das schriftliche Urteil vorliegen wird.

Kattowitz, 20. Juni. Religiöser Wahnsinn. Der vor einigen Tagen schwer verwundet besinnungslos aufgefundene Eisenbahnschaffner Stachow wurde nicht, wie man annahm, überfallen, sondern legte selbst Hand an sich. Dem „Oberschles. Wand." zufolge beschloß er, dem Leben ein Ende zu machen, weil er auf keine Vergebung der Sünden hoffte. Schon vorher bemerkte man bei ihm die Anzeichen von Religionswahn. Als er aus dem Lazarett entlassen wurde, verschlimmerte sich sein geistiger Zustand. Derartige traurige Fälle sind im schwarzen Oberschlesien leider nichts seltenes.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Wilhelmstraße in **Jauer**, die der Wirtschafts-Inspektor Direske in einem offenen Wagen entlang fuhr. Durch irgend eine Ursache ging plötzlich das Pferd durch, raste quer über die Straße, rannte an die Deichsel eines vor dem Hamann'schen Kohlengeschäft stehenden Kohlenwagens und stürzte dort tot nieder. Direske trug ziemlich bedeutende Verletzungen am Kopfe usw. davon. — Ertrunken mit Pferd und Wagen ist in **Zabrze** der Fuhrwerksbesitzer Auch aus Zabrze II. Auch fuhr mit seinem Gespann an dem Wege am Beuthener Wasser, welches durch das Unwetter in den letzten Tagen aus seinen Ufern getreten ist und dadurch den ganzen Weg überschwemmte. Durch diese Ueberschwemmung bildete sich in dem Wege ein Loch, in das der Rosselenker mit Gespann hineinfuhr und ertrank. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden. — Das bei dem Fräulein Faibel in **Striegau** bedienstete 15jährige Dienstmädchen Anna Fiebiger besuchte seine Eltern und trank dort Abends Warmbier. Zu ihrer Herrschaft zurückgekehrt, wurden dem Mädchen zum Abendbrot noch Pilze verabreicht. In der Nacht stellte sich bei dem Dienstmädchen Erbrechen ein und es starb trotz alsbaldiger ärztlicher Hilfe bereits am nächstfolgenden Nachmittag. Die Aerzte stellten fest, daß infolge Genusses von Pilzen auf Warmbier Magenbrand entstanden und dadurch Herzlähmung eingetreten sei. — Die Nachtwächterfrau Agnes Merder aus **Hirschfelde, Kreis Oppeln**, war im Walde mit Grasmähen beschäftigt, als sie fühlte, daß sich etwas um ihr Fußgelenk legte. Sie erkannte eine Kreuzotter, die sie von sich schleuderte und ruhig weiter arbeitete. Erst nach einer Stunde bemerkte sie, daß das Bein anschwoll. Trotzdem inzwischen der ganze Körper der Verletzten angeschwollen war und eine blaue Färbung angenommen hatte, gelang es der ärztlichen Kunst, das Leben der Frau zu erhalten. — Montag, den 18. Juni, begaben sich, wie bereits kurz mitgeteilt, mehrere Steinarbeiter aus dem städtischen Steinbruch in **Strehlen** nach dem im ehemaligen Kulmiz'schen Steinbruch befindlichem Wasserloche, u. a. der Steinarbeiter Rother von dort. Er sprang mit seinem Kollegen ins Wasser und ging sofort unter. Alle Versuche, ihn zu retten, waren ohne Erfolg. Besondere Mühe gaben sich mehrere Kollegen des Ertrunkenen, um durch Tauchen in dem kalten Wasser den Ertrunkenen aufzufinden. Auch wurde ein Floß schnell aus Brettern zusammengeschlagen und der ziemlich tiefe Teich abgesucht. Erst am andern Morgen um 9 Uhr gelang es die Leiche zu bergen. Rother ist im 32. Jahre, hinterläßt eine Witwe mit sieben unversorgten Kindern. — In **Nieder-Langenbielau** soll der Sohne der P. nicht durch Selbstmord geendet haben. So teilen uns die Herren Paul, Hermann und Karl Proske mit. Fast alle Blätter berichten jedoch das Gegenteil. Wer hat nun recht?

Aus den Gerichtssälen.

Eine große Zahl von Boykottsündern hatte sich am Mittwoch vor der Breslauer 3 Strafkammer als Berufungsinstanz zu verantworten. Genosse Aderhold war am 1. Mai vom Schöffengericht von der Anklage, am 18. Februar im „Bergkeller" Boykottzettel verteilt und dadurch groben Unfug verübt zu haben, freigesprochen worden. Auch in der erneuten Verhandlung blieb das Resultat der Beweisaufnahme ein negatives, so daß die Berufung des Staatsanwalts zu verwerfen war, ohne daß geprüft zu werden brauchte, ob die Verteilung der Zettel in dem Lokale überhaupt grober Unfug gewesen sei. — Genosse Klose hatte auf der Neudorfstraße am 17. Mai zwei Damen Boykottzettel entgegengehalten, die sie aber nicht angenommen hatten. Das Schöffengericht erkannte am 2. Mai auf zehn Mark Geldstrafe. Das Berufungsgericht hielt diese Strafe aufrecht, indem es den Aussagen eines Sergeanten vom hiesigen Artillerieregiment, der damals Polizeidienst verrichtet hatte, die Auffassung herleitete, die Damen hätten sich belästigt gefühlt. — Freigesprochen wurde Genosse Masur, der auf der Friedrich Karlstraße Boykottflugblätter in den Häusern verteilt hatte. Der Umstand, daß er auch in den Briefkasten eines Schutzmanns ein Flugblatt gesteckt hatte, führte seiner Zeit zur Feststellung seiner Personalien. Das Schöffengericht hatte am 2. Mai auch gegen ihn auf zehn Mark Geldstrafe erkannt. — Letzteres war in der bezeichneten Sitzung auch gegenüber dem Genossen Pietzka geschehen, dessen Berufung ebenfalls nun der Strafkammer vorlag. Er hatte im Lokal von Milde auf der Gräbschenerstraße Boykottzettel verstreut. Ferner soll er den Lagerhalter Schian noch dessen Aussage auf der Straße dadurch belästigt haben, daß er zu ihm sagte, er möge das Lokal meiden, er würde bloß ausgelacht werden, wenn er darin verkehre. Dieser Umstand führte zur Aufrechterhaltung des erstinstanzlichen Urteils über zehn Mark. — Genosse Kern war ebenfalls zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er an der Ecke Pöpelwitz- und Bärenstraße im Vorübergehen zu dem Tischler Lorenz gesagt hatte: „Meiden Sie Knowe". Der Tischler hatte ihm erwidert, er lasse sich keine Vorschriften machen. Dies hatte ein Schutzmann gehört, der daraufhin dem Tischler nachgelaufen war, um sich dessen Personalien als Zeuge zu sichern. Vor Gericht gab dieser an, er habe sich nicht belästigt oder beunruhigt gefühlt und dem Angeklagten, ohne dem ganzen Vorfall irgendwelche Bedeutung beizumessen, nur gesagt, daß er sich nichts vorschreiben lasse. Der Schutzmann bekundete noch, daß auch andere Personen den Vorgang gehört haben könnten. Damit wurden die Merkmale des groben Unfugs als erfüllt erachtet und die Berufung des Angeklagten wurde verworfen. — Genosse Richter hatte Passanten auf der Straße mündlich vom Besuch des „Ballhof" abzuhalten versucht. Der Hausbäller des Lokals, der im Sonntagsstaat auf der Straße herumgetreten war, um sich von Boykottposten ansprechen zu lassen, und um diese dann der Polizei zu überliefern, hatte auch Richter in die Falle gelockt. Die „Belästigung", die der Hausbäller sich selbst gesucht hatte, mochte die Strafkammer wahrscheinlich nicht als einen ausreichenden Grund erachtet haben, um die vom Schöffengericht erfolgte Verurteilung zu sechs Mark Geldstrafe zu sanktionieren. Die Sache wurde behufs Ladung weiterer Zeugen vertagt. In diesem Falle hat auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt; er will auf zehn Mark erkannt wissen. Genosse Suchorczynski war vom Schöffengericht zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er vor dem Bergkeller Zettel verteilt hatte. Er befand sich aber im Besitz einer polizeilichen Legitimation, und da obendrein garnicht festgestellt worden war, daß sich der Empfänger eines Zettels belästigt gefühlt hatte, erkannte die Strafkammer auf Freisprechung.

Bezirkskommandeur v. Zander vor den Geschworenen. Am dritten Verhandlungstage gibt zunächst Justizrat Kempf-Berlin über verschiedene Darlehnsgeschäfte des Angeklagten v. Zander mit den ihm verwandten Geschwistern Lobedanz Auskunft. Zander bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Er habe heute die ganze Nacht an Herzkrämpfen gelitten und bitte daher um Entschuldigung, daß er sich nicht eingehend hierüber auslasse. Er sei aber ein Ehrenmann, es habe ihm bisher noch niemand etwas Unehrenhaftes nachweisen können. Vors.: Herr v. Zander, Sie betonen immer, daß Ihre Ehre vollständig fleckenlos sei ... (v. Zander (dazwischenrufend): Das kann ich auch behaupten.) Vors.: Ich bemerke Ihnen, daß ich Ihnen Ihre eigenen Tagebuch-Aufzeichnungen vorhalten werde, in diesen haben Sie sich selbst bezichtigt. v. Zander: Ich werde den Nachweis führen, daß diese Aufzeichnungen infolge hypochondrischer Anfälle gemacht worden sind. Vors.: Ich nehme auch hierauf Rücksicht. v. Zander: Ich werde aber beweisen, daß die Tagebuchaufzeichnungen der Wahrheit nicht entsprechen. Vors.: Ist das Darlehen inzwischen zurückgezahlt? Angekl.: Nein, wäre ich nicht 14 Monate in Untersuchungshaft gewesen, dann wäre das Darlehen nebst Zinsen längst getilgt. Ueber das Kalilager „Teutonia" in der Lüneburger Heide wird hierauf Assessor Lienarz als Sachverständiger und Zeuge vernommen. Der Angeklagte bemerkt: In der Lüneburger Heide ist von meinem Freunde, dem Mitangeklagten Luettig, ein Kalilager entdeckt worden, das eine Bodenfläche von 300,000 Morgen umfaßt. Die angestellten Bohrungen ergaben ein 462 Meter hohes Lager des vorzüglichsten Kalisalzes. Das Bohrungskonsortium bestand aus dem Geh. Kommerzienrat Fritz von Friedlaender, dem Bergwerksdirektor Schrader, und noch einigen anderen Herren, die auch fast sämtlich schon ziemlich alt waren. Die Inbetriebsetzung eines solchen kolossalen Werkes ist sehr langwierig. Die Herren verloren fast sämtlich die Geduld. Angesichts dieser Konstellation unternahm ich es, einen Engländer, namens Dr. Groot, für das Unternehmen zu gewinnen. Dieser erklärte sich bereit, das gesamte Kalisalzlager für eine englische Gesellschaft zu erwerben. Das Geschäft kam zustande. Der Kaufpreis betrug 1,800,000 Pfund Sterling. Ich erhielt 50,000 Pfund in Preferred-Shares und 40,000 Pfund in ordinären Shares. Shares sind zwar nur Papiere, in England haben sie aber denselben Wert, wie bei uns gute Schecks. Die Entdeckung dieses Kalisalzlagers hatte für die deutsche Landwirtschaft, die jetzt ihren Hauptbedarf an Kalisalz aus England beziehen muß, eine ganz außerordentliche Bedeutung. Es sollen nun die in London abgeschlossenen Verträge verlesen werden. Der Staatsanwalt wendet ein, daß die Verträge, vor dem Londoner Notar Ottomann geschlossen, der amtlichen Beglaubigung entbehren. Dies gibt Veranlassung, noch einmal

die Behandlung des Angeklagten durch den Untersuchungsrichter

zu erörtern. Verteidiger Justizrat Dr. Mamroth: Ich muß wiederholt bemerken, daß mir sieben Monate lang jede Einsicht in die Akten vom Untersuchungsrichter beharrlich verweigert und jeder persönliche Verkehr mit meinem Klienten verwehrt worden ist. Nach Abschluß der Voruntersuchung erhielt ich Einsicht in die Akten, es wurden mir zwei große Kisten mit allen möglichen Schriftstücken vollgepackt und eine ungeheuer voluminöse Anklageschrift zur Verfügung gestellt. Ich war alsdann selbstverständlich nicht mehr in der Lage, das gesamte Material eingehend zu prüfen und das erforderliche Entlastungsmaterial rechtzeitig zur Stelle zu schaffen. In der vierzehnmonatlichen Untersuchung wäre das aber wohl möglich gewesen. Staatsanwalt Dr. Schwedersky: Es sind bereits wiederholt Angriffe gegen den Untersuchungsrichter gemacht worden, die in die Presse übergegangen sind und nach außen hin den Anschein erwecken konnten, als wäre die Untersuchung einseitig und oberflächlich geführt worden. Wenn in dieser Weise fortgefahren werden sollte, dann werde ich beantragen, den Herrn Untersuchungsrichter als Zeugen zu vernehmen. Wenn der Herr Untersuchungsrichter nicht alle Entlastungsanträge des Angeklagten v. Zander berücksichtigt hat, so ist das geschehen, weil die meisten Angaben des Angeklagten der Wahrheit nicht entsprochen haben. Verteidiger Justizrat Dr. Mamroth: Ich kann allerdings dem **Untersuchungsrichter, Herrn Landgerichtsrat Firle, den Vorwurf nicht ersparen, daß die Voruntersuchung einseitig** geführt worden ist. Ich würde das, wenn er hier als Zeuge stände, ihm offen sagen. Der Untersuchungsrichter hat eben den Angeklagten von vornherein für einen Schuldigen gehalten, das hat er mir selbst gesagt. Daß die meisten Angaben des Angeklagten der Wahrheit nicht entsprochen haben, bestreite ich. Es kann sich höchstens um Mißverständnisse oder um Dinge handeln, die der Angeklagte nicht sogleich beweisen konnte. Ich kann dem Landgerichtsrat Firle den Vorwurf nicht ersparen, daß er den Angeklagten von vornherein für überführt erachtet und dementsprechend die Untersuchung geführt hat. Es ist von hoher Wichtigkeit für den Angeklagten v. Zander, nachzuweisen, daß, wenn das Geschäft perfekt geworden wäre, er eine Million verdient und keine Schulden mehr hätte. Dann wären auch alle Tagebuchaufzeichnungen vollständig hinfällig. Daß das Geschäft schließlich scheiterte, konnte der Angeklagte nicht annehmen. Es ergab sich die Notwendigkeit, neue Bohrungsversuche vorzunehmen. Es mußte deshalb neues Geld beschafft und zu diesem Zwecke neue Aktien emittiert werden. Daran scheiterte schließlich das Unternehmen. Vors.: Herr Justizrat, Sie behaupten, die Einsicht in die Akten sei Ihnen sieben Monate lang vorenthalten worden, Sie haben doch aber ein 70 Seiten langes Schriftstück zu den Akten eingereicht. Verteidiger Justizrat Dr. Mamroth: Das Schriftstück habe ich verfaßt ohne Akten. Ich nehme das als ein Verdienst für mich in Anspruch. Ich habe in diesem Schriftstück in der Hauptsache den Haftentlassungsantrag des Angeklagten zu begründen versucht. Entlastungsanträge konnte ich selbstverständlich ohne Aktenkenntnis nicht stellen. Angekl. Luettig bemerkt auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Löwisohn: Ich kann die Angaben des Herrn v. Zander nur vollauf bestätigen. Ich bedaure nur, daß nicht wenigstens ein Teil der Herren Geschworenen unsere Kaliindustrie in der Provinz Hannover kennt, um ein richtiges Urteil über die kolossale Bedeutung des entdeckten Kallilagers zu haben. Assessor Lienarz (Berlin) als Zeuge und Sachverständiger bestätigt ebenfalls im allgemeinen die Schilderung des in der Lüneburger Heide belegenen Kallilagers.

Nach der Pause erscheint als Zeuge über den Leumund des Angeklagten Luettig Landrat v. Brett. Luettig erfreue sich nicht des besten Rufes. Es seien ihm verbrecherische Handlungen zuzutrauen, er neige zu Uebertretungen. Er sei jähzornig, gewalttätig, streitsüchtig und wenig wahrheitsliebend. Er behandle seine Dienstboten schlecht. Im Übrigen sei er ein tüchtiger Landwirt und Spezialist auf dem Gebiete der Kaliindustrie. Seine Vermögensverhältnisse seien günstig. Luettig bemerkt: Er beschäftige 170 Arbeiter, unter diesen 120 Polen. Er komme mit seinen Arbeitern fast gar nicht zusammen. Zeuge Landrat v. Brett: Es handelt sich nicht um Arbeiter, sondern um Dienstboten, das heißt um Arbeiter, die in festem Brot und Lohn bei Luettig stehen. Letzterer ist wegen Mißhandlung seiner Dienstboten bestraft. Luettig: Die Dienstboten machen bei jedem Vorkommnis Anzeige, ich habe das in den meisten Fällen unterlassen. Es kommt hinzu, daß die Landräte den Dienstboten fast immer Recht und den Herrschaften Unrecht geben. Landrat von Brett: Das muß ich doch ganz entschieden zurückweisen. Die Landräte würden ihre Pflicht verletzen, wenn sie in einseitiger Weise für die Dienstboten und gegen die Herrschaften Partei nehmen wollten. Ich persönlich prüfe in streng sachlicher Weise sowohl die Angaben der Dienstboten, als auch der Herrschaften, und bin selbstverständlich entfernt von einer einseitigen Parteinahme, dasselbe geschieht zweifellos von allen anderen Landräten. — Der Abgeordnete Horn ist mit Luettig mehrfach auf der Jagd gewesen. Er halte ihn für einen Ehrenmann und einer unlauteren Handlung nicht für fähig. Auch Oberwachtmeister Engler (Goslar) und Direktor Bäumler (Sesenheim) bezeichnen Luettig als ehrenhaften Mann. Lehrer Gerberding (Wettingen, Kreis Goslar) schließt sich diesen Bekundungen an; der Pastor seiner Heimatsgemeinde habe ihm allerdings vor einiger Zeit gesagt, er halte Luettig für einen schlechten Menschen. Polizeiwachtmeister Möller (Vienenburg) und Landwirt Bormann (Beuchten) vermögen nichts Nachteiliges über Luettig zu bekunden. Saßhausen, Hofmeister des Angeklagten Luettig, bekundet: Luettig sei gegen seine Dienstboten in keiner Weise gewalttätig gewesen. Dasselbe bekunden noch mehrere Aufseher vom Gute Luettigs.

Es gelangen hierauf weitere Betrugsfälle, angeblich begangen von v. Zander, zur Verhandlung. Bei der Firma Christofle u. Co. in Berlin soll v. Zander zahlreiche silberne Tafelservice gekauft haben. Der Angeklagte v. Zander bemerkt, daß ihm davon nichts bekannt gewesen sei, seine Frau habe ihm keinerlei Mitteilung davon gemacht. Er sei bis zum Jahre 1903 Bezirkskommandeur in Wohlau gewesen. Nachdem er seinen Abschied genommen, habe das große Geschäft mit der Teutonia usw. begonnen. Er habe nach den verschiedensten Orten Deutschlands, nach London usw. reisen müssen. Infolgedessen habe er sich um die Einkäufe seiner Frau nicht kümmern können. Frau v. Zander hat im weiteren von der Firma Leonhardt in Berlin eine große Anzahl Juwelen, goldene Ringe, Hutschnallen, Rockhaken usw. auf Borg entnommen. Der Angeklagte bemerkt: Er habe auch von diesem Einkauf seiner Frau keine Kenntnis gehabt. Er halte alle solche Sachen für Plunder. Frau v. Zander: Sie habe die Juwelen und so weiter für ihren Bedarf bestellt. Sie habe viel an fürstlichen Höfen im Auslande gelebt und konnte der einfachen Lebensweise ihres Mannes keinen Geschmack abgewinnen. In einem ferneren Falle hat Frau v. Zander von der Firma Schumann in Berlin im Jahre 1904 silberne Wirtschaftsgeräte der verschiedensten Art in sehr großer Zahl bestellt. Der Angeklagte v. Zander bemerkt, daß er auch von dieser Bestellung nicht die geringste Ahnung gehabt habe; er habe auch alles, allerdings ohne Erfolg, getan, um den Kauf rückgängig zu machen. Der Vorsitzende erwähnt noch weiterer Bestellungen von Ananas, Fleischwaren, Wurst, Delikatessen, Wein usw. bei Borchardt in Berlin und anderen Berliner Firmen. Während dieser Zeit schreibt v. Zander seiner Frau, daß er sich in den größten finanziellen Nöten befinde. In sein Tagebuch schrieb er, er habe nicht einmal so viel Geld, um ein Glas Bier trinken zu können, er müsse vierter Klasse fahren usw.

Gegen 4 Uhr Nachmittags wird die Verhandlung auf Donnerstag, Vormittags 9 Uhr, vertagt.

* **Ein interessanter Alimentationsprozeß** beschäftigte am Mittwoch die Breslauer III. Strafkammer. Der Rentier Gustav Blaschke war beschuldigt seine Unterhaltungspflicht gegenüber seiner alten Mutter vernachlässigt zu haben. Blaschke hat ein Vermögen von 18,000 Mk. und seine Ehefrau ein solches von 10,000 Mark, von denen er gleichzeitig ebenfalls mit Nutznießer ist. Seine Mutter dagegen ist Almosen-Empfängerin. Gegen Ende des vorigen Jahres war nun der Angeklagte verpflichtet worden, als Beihilfe zur Unterstützung der Mutter pro Monat 15 Mk. an den Breslauer Magistrat zu zahlen. Dies zu tun, weigerte er sich, und zwar unter Begründung, daß seine Mutter bei ihm Wohnung, Nahrung und Pflege haben könne. Andererseits verlangte er deren Aufnahme in's Armenhaus. Die Mutter verstehe mit Geld nicht umzugehen. Das ihr von seinem Vater zugefallene Erbteil habe sie unnütz angewandt, weshalb sie jetzt mittellos dastehe. Als dann gegen den Angeklagten ein Strafverfahren eingeleitet worden war, hatte er die verlangte Unterstützung an den Magistrat abgeführt. Das Schöffengericht, vor dem die Hauptverhandlung stattgefunden hatte, erkannte seiner Zeit auf Freisprechung, indem es annahm, der Angeklagte habe sich dadurch, daß er verlangte, die Mutter solle zu ihm ziehen, anstatt daß er Geld für sie zahle, seiner Unterhaltungspflicht nicht zu entziehen gesucht. Der Staatsanwalt legte Berufung ein. Das Verlangen des Angeklagten, die Mutter solle zu ihm ziehen, oder in eine Anstalt aufgenommen werden, sei gesetzlich unbegründet. Vor der Strafkammer wies der Angeklagte noch darauf hin, daß er selbst Invalide sei und somit außer den 1300 Mark aus seinem Vermögen keine andere Einnahmequelle habe. Es falle ihm deshalb weit schwerer, jeden Monat 15 Mark zu entbehren, als der Mutter bei sich den Lebensunterhalt zu gewähren. Sein Verteidiger war der Ansicht, die Frage, ob der Angeklagte seine Mutter durch Geld unterstützen müsse, oder dies mit Naturalien tun könne, sei lediglich zivilrechtlicher Natur und ihre Entscheidung gehöre nicht vor das Strafgericht. Tatsache sei, daß der Angeklagte seine Alimentationspflicht anerkannt habe und dieser Pflicht in der ihm am geeignetsten erscheinenden Form nachkommen wollte. Das Gericht erkannte auf Freisprechung und legte auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf.

* **Wozu gelegentlich der Staatsanwalt herhalten muß,** zeigt folgender Fall. Der Droschkenkutscher Friedrich Bauch lebt bereits seit längerer Zeit mit dem Fuhrwerksbesitzer Tix in Feindschaft. Einmal hat man sich auch bereits vor Gericht herumgezerrt, und damals verblieb Bauch als der unterliegende Teil. Tix sucht nun den Kutscher, der früher Schuhmacher war, bei jeder Gelegenheit zu häuseln. Vor allen Dingen braucht er dabei folgenden Schwatz mit Vorliebe, den er wahrscheinlich für sehr witzig halten mag: „Schuster, Schuster die Eisen sind los." Am 5. März hielt Bauch mit seiner Droschke am Halteplatz, Ecke Max- und Tiergartenstraße. Tix kam mit einem Möbelwagen vorbeigefahren, und: „Schuster, Schuster die Eisen sind los," schallte es herüber. Eine Stunde später kam er mit einem Fahrrade zum Halteplatz und rief: „Schuster, Ecke Messergasse und Schuhbrücke." Der Droschker reagierte hierauf nicht, worauf Tix von der anderen Seite an die Droschke herantrat und rief: „Kutscher, Ecke Messergasse und Schuhbrücke." Dabei machte er Miene, das Fahrrad auf den Bock hinaufzureichen. Der Kutscher erklärte nun, der andere solle ihn in Ruhe lassen, er habe ja sein Rad da zum Fahren. Dieser ging nun zur nächsten Droschke und indem er diesem Kutscher sagte, „Sehen Sie, der mag mich nicht fahren," gab er dort sein Rad auf den Bock und stieg selbst in den Wagen. Gegen Bauch ging nun eine Anzeige ein, wonach er gegen die Polizeiverordnung über das Breslauer Droschkenwesen verstoßen habe, die bestimmt, daß jeder Kutscher verpflichtet ist, anständig gekleidete Personen zu befördern. Der Staatsanwalt erhob im öffentlichen Interesse Anklage und das Schöffengericht verurteilte den Kutscher zu einer Mark Geldstrafe. Die Berufung des Angeklagten stand am Mittwoch vor der Strafkammer zur Verhandlung an. Er machte dabei geltend, es sei dem Tix gar nicht darum zu tun gewesen, mit seiner Droschke zu fahren, sondern er wollte ihn bloß häuseln. Zum Scheine sei er dann sicher auch nur mit einer anderen Droschke gefahren. Er hätte mit seinem Rade früher zur Stelle sein können als mit der Droschke und da zudem andere Droschken dastanden, würde er zu ihm, als seinem persönlichen Feinde gar nicht gekommen sein, hätte er nicht irgend eine hinterlistige Absicht verfolgt. Die Strafkammer erkannte nunmehr auf Freisprechung.

Dem Feind verzeihen und dennoch weiter grollen,
Das heißt von einem schönen, edlen Gut,
Das man verschenkt im raschen Edelmut,
Das Beste wieder heimlich stehlen wollen.

Frida Schanz.

* * *

Die Tugend, die stets bewacht werden muß, ist der Schlafwacht nicht wert.

Goldsmith.